

ÖGB PRESSESPIEGEL
KOMMUNIKATION

ÖGJ

**1. Halbjahr
Jänner bis Juni 2018**

Inhaltsverzeichnis

ÖGJ-JUZ Molln beim "Standerlmarkt" Bezirksrundschau Oberösterreich vom 28.06.2018 (Seite 13)	Seite 5
Party fiel ins Wasser NÖN vom 27.06.2018 (Seite 26)	Seite 6
Molln: Demonstration gegen den Sparkurs der Gemeinde ÖÖ Nachrichten vom 26.06.2018 (Seite 31)	Seite 7
1.500 Lehrlinge beim 55. Sporttag Österreich vom 22.06.2018 (Seite 31)	Seite 8
Ludwig spricht bei Event und besucht Gegen-Demo Österreich vom 20.06.2018 (Seite 16)	Seite 9
ÖGB-Jugend protestiert gegen Hartinger-Klein Der Standard vom 14.06.2018 (Seite 8)	Seite 10
„Kämpfen, wo es effektiv ist“ Oberösterreichisches Volksblatt vom 14.06.2018 (Seite 5)	Seite 11
Jugenzentrum klärt Rechte & Pflichten Bezirksrundschau Oberösterreich vom 14.06.2018 (Seite 47)	Seite 12
Kämpferin seit Kindertagen Kleine Zeitung vom 08.06.2018 (Seite 16)	Seite 13
Hörens wert Kleine Zeitung vom 05.06.2018 (Seite 55)	Seite 14
Initiative für bessere Praktika Kronen Zeitung vom 03.06.2018 (Seite 59)	Seite 15
Praktika: Jugend unzufrieden Kleine Zeitung vom 29.05.2018 (Seite 24)	Seite 16
EU-Präsidentschaft startet in Schladming Kronen Zeitung vom 29.05.2018 (Seite 16)	Seite 17
Ist es Schnuppern oder Arbeit? Salzburger Nachrichten vom 29.05.2018 (Seite 15)	Seite 18
Ein Praktikum ist kein Volontariat Wiener Zeitung vom 29.05.2018 (Seite 11)	Seite 19
Grazerin an der Spitze der Gewerkschaftsjugend Der Standard vom 28.05.2018 (Seite 6)	Seite 20
AUFSTEIGERIN Österreich vom 28.05.2018 (Seite 24)	Seite 21
Lehrlinge: "15-Jährige haben keine Mitsprache" Heute vom 16.05.2018 (Seite 12)	Seite 22
Weniger Geld für überbetriebliche Lehre Der Standard vom 14.05.2018 (Seite 10)	Seite 23
Kritik an Kürzungen bei der überbetrieblichen Lehre Kurier vom 10.05.2018 (Seite 14)	Seite 24
„JVR bleibt“ lautet das Motto der steirischen... Kronen Zeitung vom 09.05.2018 (Seite 22)	Seite 25

"Worten müssen nun Taten folgen" Neue Vorarlberger Tageszeitung vom 04.05.2018 (Seite 14)	Seite 26
5 Rezepte gegen Fachkräftemangel Kurier vom 03.05.2018 (Seite 11)	Seite 27
Mit Überrumpelungstaktik: Aus für das Jugendzentrum OÖ Nachrichten vom 25.04.2018 (Seite 27)	Seite 28
Geballte Sozial-Kompetenz Kronen Zeitung vom 13.04.2018 (Seite 18)	Seite 29
Ruf nach mehr Qualität in der Lehre Der Standard vom 17.03.2018 (Seite 12)	Seite 30
Poly Linz ist Landesmeister OÖ Nachrichten vom 09.03.2018 (Seite 35)	Seite 31
Die Ehrabschneider Profil vom 05.03.2018 (Seite 22-23)	Seite 32
Gewerkschaftsjugend: Frau an Spitze Kronen Zeitung vom 26.02.2018 (Seite 20)	Seite 34
Erstmals eine Frau an der Spitze der jungen Gewerkschaft Kurier vom 21.02.2018 (Seite 17)	Seite 35
Innviertler Polys im Landesfinale OÖ Nachrichten vom 21.02.2018 (Seite 31)	Seite 36
Mit Ehrgeiz ins Finale OÖ Nachrichten vom 20.02.2018 (Seite 30)	Seite 37
Erfolgreiche Poly-Kicker OÖ Nachrichten vom 20.02.2018 (Seite 30)	Seite 38
Protestaktion vor der Berufsschule Bezirksrundschau Oberösterreich vom 15.02.2018 (Seite 37)	Seite 39
"Kein Demo-Verbot" OÖ Nachrichten vom 13.02.2018 (Seite 31)	Seite 40
Überschaubar war die Protestaktion der Gewerkschaftsjugend vor... Kronen Zeitung vom 09.02.2018 (Seite 36)	Seite 41
Demo für die Berufsschule mit schwacher Beteiligung OÖ Nachrichten vom 09.02.2018 (Seite 30)	Seite 42
Demo für Berufsschule OÖ Nachrichten vom 08.02.2018 (Seite LIB1)	Seite 43
Für Jugendliche OÖ Nachrichten vom 08.02.2018 (Seite LIB9)	Seite 44
Keine Chance für Rassismus OÖ Nachrichten vom 08.02.2018 (Seite LIB10)	Seite 45
Unterschriften für die Berufsschule OÖ Nachrichten vom 01.02.2018 (Seite LIB7)	Seite 46
Jugendliche gehen aufs Glatteis OÖ Nachrichten vom 18.01.2018 (Seite LIB6)	Seite 47
Mattighofen: Großer Spielenachmittag OÖ Nachrichten vom 18.01.2018 (Seite LIB15)	Seite 48

Was ein Lehrling darf und was nicht
ÖÖ Nachrichten vom 11.01.2018 (Seite 31)

Seite 49



ÖGJ-JUZ Molln beim "Standerlmarkt"

Seite 13 / 28.06.2018

Druckauflage: 24.042 | Reichweite: 29.933 | Dokumentengröße: 1/16 | Werbewert: € 75,4

ÖGJ-JUZ Molln beim „Standerlmarkt“

MOLLN (wey). Das ÖGJ-Jugendzentrum hat wieder einen eigenen Stand am Standerlmarkt in Molln. Vom 6. bis 8. Juli kümmern sich freiwillige Jugendliche um die Abwicklung und Betreuung des Standerls. Die Jugendlichen planen gemeinsam, was sie anbieten möchten. Diesmal werden es wohl selbstgemachte Riegel aus regionalen Zutaten sein.



Jugendzentrum beteiligt sich am Standerlmarkt.

Foto: JCUV



NÖN / Gmünder

Party fiel ins Wasser

Seite 26 / 27.06.2018

Druckauflage: 3.981 | Reichweite: 13.015 | Dokumentengröße: 1/4 | Werbewert: € 408,75

Party fiel ins Wasser

Kino & Jugend-Event | Die Gewerkschaftsjugend lud zum „Moorebeats“ sowie zum Open Air-Kinoabend, beide Events litten unter dem kühlen Wetter.

Von David Breit

SCHREMS | Die Gewerkschaftsjugend des Bezirkes Gmünd sorgte für zwei Veranstaltungen beim Moorbad. Den kalten Abendtemperaturen und der schlechten Witterung trotzend begaben sich Filmfreunde am Abend des 22. Juni ins Moorbad Schrems, um sich den neuen Film der „Jurassic Park“ – Reihe „Jurassic World: Das gefallene Königreich“ anzusehen.

Statt 500 kamen nur ca. 180 Besucher

Von den erwarteten 400 bis 500 Besuchern kamen in etwa 180, einige Sitzplatzreihen blieben unbesetzt. Für die anwesenden Zuschauer hielt man aufgrund des kalten Wetters Decken bereit. Vor Filmbeginn bedankten sich die Veranstalter bei jenen Besuchern, die sich trotz der unbeständigen Wetterlage entschlossen hatten zu kommen.

Am nächsten Tag erfolgte die Premiere der ebenfalls vom ÖGJ veranstalteten „Moorebeats“. Das beliebte „Blobbing“, bei dem eine Person am Ende einer riesigen Schwimm-Matratze liegt, während eine oder mehrere Personen von einem Turm auf das andere Ende der Matratze springen, konnte dieses Jahr nicht stattfinden, da zu wenige Anbieter dafür gefunden worden sind. Außerdem hielt man es bereits für zu „abgedroschen“, wie ÖGB-Sekretär Rein-



Mit von der Partie waren unter anderem auch Abgeordneter Konrad Antoni, Michael Preissl von der Arbeiterkammer und ÖGB-Sekretär Reinhold Schneider. Im Bild mit einigen Soap-Soccer-Teilnehmern. *Foto: David Breit*

hold Schneider bemerkte. Angeboten wurden bei diesem Jugend-Event stattdessen Soap-Soccer, Beer Pong, eine Schaumparty sowie Essen des „Barbecue-Weltmeister-Grillers“ Franz Kupetzius. Trotz einiger Aktivitäten fanden an diesem Samstag eher wenige Menschen den Weg ins Moorbad, was unter anderem auch am eher frischen und windigen Wetter lag.

Unter den Anwesenden waren aber viele Jugendliche und Kinder. Kein Wunder, laut Schneider gehe es bei den Veranstaltungen vor allem um die Jugend.

NÖN-Gewinnspiel

Die zwei Mal zwei Eintrittskarten für das Sommerkino der Gewerkschaftsjugend im Moorbad haben Edith Oberbauer aus Niederschrems und Tamara Pfeiffer aus Rastefeld gewonnen.



Beim Sommerkino der Gewerkschaftsjugend wirkten auch Kammerrat Werner Müller, Kerstin Mann von „AK Young“, Jugendvertrauensrat Benjamin Bigl, Kinobetreiberin Julia Gaugusch Prinz und ÖGB-Sekretär Reinhold Schneider (von links) mit. *Foto: David Breit*



Molln: Demonstration gegen den Sparkurs der Gemeinde

Seite 31 / 26.06.2018

Druckauflage: 14.987 | Reichweite: 43.462 | Dokumentengröße: 1/6 | Werbewert: € 700,14

Molln: Demonstration gegen den Sparkurs der Gemeinde

Der Hort wird durch eine Nachmittagsbetreuung ersetzt. VP, FP und BIM fassten Beschluss trotz Kundgebung vor Gemeinderatssitzung

Von Hannes Fehringer

MOLLN. Die Gemeinde macht bei der Kinderbetreuung und Jugendarbeit einen Kahlschlag und dreht das Rad der Geschichte zurück – so sahen rund 100 Eltern und Gewerkschafter die jüngsten Entscheidungen im Rathaus und marschierten vor der vergangenen Gemeinderatssitzung mit Transparenten vor dem Nationalparkzentrum auf.

Die Mehrheit der Mandatäre ließ sich vom Protest nicht beeindrucken. Mit den Stimmen seiner Partei der VP und jenen der FP und Teilen der Bürgerliste BIM brachte Bürgermeister Fritz Reinisch (VP) den Beschluss durch, dass mit 1. September der Hort geschlossen wird. Nachdem bereits der Österreichischen Gewerkschaftsjugend der Betreuungsauftrag für das gemeindeeigene Jugendzentrum JUZ gekündigt wurde, sah die SP und der Flügel der BIM, der mit ihr auf einer Linie liegt, weiteren Sozialabbau und die Abschaffung einer

wichtigen Unterstützung für Familien und Alleinerzieherinnen. „Hier werden gut funktionierende Strukturen zerstört“, sagt Vizebürgermeister Manfred Hofbauer (SP).

Bürgermeister Friedrich Reinisch (VP) sieht die Auflösung des Horts als eine der Maßnahmen, die mit der Kommunaldirektion IKD des Landes zur Sanierung der Gemeindefinanzen vereinbart worden seien und nun abgearbeitet würden: „Ich muss nach der neuen Gemeindefinanzierung von irgendwo das Geld herholen.“ Den jetzigen Hortmitarbeiterinnen habe man angeboten, dass sie bei der neuen Nachmittagsbetreuung, die für rund 40 Volksschüler angeboten werden soll, weiterbeschäftigt würden. Dies aber ist mit Gehaltseinbußen verbunden. „Anders hätten wir keine Einsparung“, sagt Reinisch.

Macht das Personal nicht für geringere Gehälter weiter, soll ein privater Betreiber die Nachmittagsbe-

treuung übernehmen und möglicherweise in späterer Folge auch gleich den Kindergarten. Reinisch bestätigt, dass man dafür Anbote der Caritas, des Hilfswerkes und des privaten „Institutes für Soziale Kompetenz“ (ISK) einholt und im Sommer entscheiden wolle.

Beim Jugendzentrum kann sich der Bürgermeister vorstellen, dass die Katholische Jugend den Betrieb übernehmen könnte. Diesbezüglich fänden bereits Gespräche statt. Die Gewerkschaftsjugend will indessen für „ihr“ JUZ weiterkämpfen: „Der Kostenfaktor kann es nicht sein, dass die Gemeinde einen anderen Träger sucht. Es muss da andere Gründe geben“, sagt ÖGB-Regionalsekretär Andreas Hubauer. Für die Protestaktion schrieben Jugendliche ihren Widerstand auf ein Transparent, „weil man uns das Jugendzentrum klaut“. Reinisch kündigte indessen als nächsten Bereich, wo der Sparstift angesetzt wird, den Bauhof an.



Abstimmung: Der Hort in Molln ist Geschichte. „Molln verliert seine Stellung als Gemeinde, deren Kinderbetreuung vorbildhaft war“, sagt SP-Vize Hofbauer. (Hajjes)



1.500 Lehrlinge beim 55. Sporttag

Seite 31 / 22.06.2018

Druckauflage: 558.408 | Reichweite: 523.000 | Dokumentengröße: 1/32 | Werbewert: € 666,38

REGIONAL IN KÜRZE

CityRadeln auf der Suche nach Wasser

Graz. Spaß und Bewegung kombinieren immer mehr Grazer beim CityRadeln. Für die kommende Veranstaltung zum „Lostag“ lautet das Thema „Trinkwasser-Tour“. Start am 27. Juni um 18 Uhr, Mariahilferplatz.



Trinkwasser-Tour am 27. Juni.

StadtGraz/Erwin Wieser

1.500 Lehrlinge beim 55. Sporttag

Zeltweg. Über einen Teilnehmerrekord beim 55. Jugendsporttag freut sich die steirische Gewerkschaftsjugend. Mehr als 1.500 Lehrlinge aus 40 Betrieben waren in 25 verschiedenen Sportarten am Start.



Ludwig spricht bei Event und besucht Gegen-Demo

Seite 16 / 20.06.2018

Druckauflage: 561.353 | Reichweite: 523.000 | Dokumentengröße: 1/8 | Werbewert: € 2.661,25

Der Bürgermeister im Polit-Spagat

Ludwig spricht bei Event und besucht Gegen-Demo

Einen heiklen Spagat hat Michael Ludwig (SPÖ) gestern erfolgreich geschafft.

Innere Stadt. Der Bürgermeister war mitten im Mega-Krach um den 12-Stunden-Tag, den die türkis-blaue Regierung gerade durchpeitscht, als Keynote-Speaker zum Sommerfest der Industriellenvereinigung im Kursalon Hübner geladen. Zeitgleich stieg eine Demo dagegen. Ludwig besuchte beide Events.

Demo. Nach seinem Auftritt vor der Industriellenvereinigung nahm er sich dann nämlich auch Zeit für die Demonstranten. „Beim Verlassen der Veranstaltung ist Michael Ludwig zu uns gekommen und hat gesagt, dass er Werbung für unsere



Ludwig besuchte die Demo.

Sache gemacht hat und fordert, dass man sich noch einmal Gedanken darüber macht“, so Kevin Sifkovits von der burgenländischen Gewerkschaftsjugend gegenüber ÖSTERREICH.

Kampfansage. Und Michael Ludwig hat gegenüber des Gewerkschaftsnachwuchses eine Kampfansage abgegeben: „Er hat uns motiviert und gesagt, dass es zwar ein harter Kampf wird, aber wir ihn gewinnen werden“, so Sifkovits.



ÖGB-Jugend protestiert gegen Hartinger-Klein

Seite 8 / 14.06.2018

Reichweite: 76.000 | Dokumentengröße: 1/16 | Werbewert: € 1.231,25

ÖGB-Jugend protestiert gegen Hartinger-Klein

Wien – Sozialministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) war beim ÖGB-Bundeskongress als eines der wenigen Regierungsmitglieder zu Gast – und ihr Referat wurde von Junggewerkschaftern, die Arme und Mund verklebt hatten, begleitet. Der Protest richtete sich gegen die Abschaffung der Jugendvertrauensräte. Die Ministerin blieb in der Sache hart – reichte aber den Jugendlichen zur Versöhnung die Hand. (red)

Kopf des Tages Seite 36



„Kämpfen, wo es effektiv ist“

Seite 5 / 14.06.2018

Druckauflage: 22.000 | Reichweite: 63.800 | Dokumentengröße: 1/3 | Werbewert: € 1.799,82

„Kämpfen, wo es effektiv ist“

Neo-ÖGB-Präsident Katzian lässt die Muskeln spielen und definiert rote Linien

Heute ist Wahltag beim 19. ÖGB-Kongress in Wien — und er wird mit Wolfgang Katzian (FSG) einen neuen Präsidenten bringen. Erich Foglar hat nach zehn Jahren an der Gewerkschaftsspitze, das Präsidentenamt zurückgelegt.

Bei seiner „Wahlrede“ gestern Nachmittag betonte Katzian, dass der ÖGB gesprächsbereit sei, wenn auf Augenhöhe verhandelt werde: „Wenn nicht, werden wir uns anderweitig Gehör verschaffen. Das ist sicher“. Wobei es für den ÖGB rote Linien gebe: „Eine leistungsstarke, selbstverwaltete Sozialversicherung, kein Hartz IV in Österreich, kein genereller 12-Stunden-Tag und die Stärkung der Kollektivverträge bei der Gestaltung der Arbeitszeit sowie Erhalt des Jugendvertrauensrates und der finanziellen Ausstattung der Arbeiterkammern“.

Wann man in den Kampfmodus umschaltet, ließ Katzian offen, machte aber klar, dass es nicht dann sein wird, wenn es die Regie der Koalition vor-

sieht: „Wir werden kämpfen, wann wir es wollen und wie wir es wollen und dann, wenn es nicht erwartet wird und wir werden es dort tun, wo es besonders effektiv ist.“ Angesichts von freierlicher Empörung über den Protest der Gewerkschaftsjugend (siehe unten) bei der Rede von Sozialministerin Beate Hartinger (FPÖ) meinte der designierte ÖGB-Chef: „Denen werden die Guck aufreißen, wenn sie sehen, wie wir wirklich im Kampfmodus sind.“

Die Sozialpartnerschaft will Katzian weiterentwickeln, er hoffe, mit diesem Ansinnen nicht alleine zu sein, merkte er wohl mit Blickwinkel auf den nicht genannten Wirtschaftskammer-Präsidenten Harald

Mahrer an. Es habe in den letzten Wochen Aussage gegeben, die ihn daran zweifeln ließen, dass alle an der Weiterentwicklung der Sozialpartnerschaft interessiert seien. Es möge aber sein, dass so mancher Neuling noch nicht wisse, wie Sozialpartnerschaft funktioniere. Diese werde zwar auch einmal einen „Wickel“ aushalten, „aber es gibt klare Grenzen der Zumutbarkeit“ und die sollten auch nicht überschritten werden: „Weil häckerln können wir uns selber.“

Ein Vorhaben von Katzian ist, den ÖGB zu öffnen und Bündnispartner zu finden. Hier schweben ihm etwa Kooperationen mit Ärztekammer, Wissenschaftskammer und NGOs vor.



Während der Rede von Sozialministerin Hartinger-Klein demonstrierte die Gewerkschaftsjugend gegen die Abschaffung der Jugendvertrauensräte. Die Ministerin hielt dagegen: Das Wahlalter bei Betriebsratswahlen werde auf 14 gesenkt, damit seien die Betriebsräte auch für die Belange der Jugendlichen zuständig.

Foto: ÖGB



Jugendzentrum klärt Rechte & Pflichten

Seite 47 / 14.06.2018

Druckauflage: 17.447 | Reichweite: 21.722 | Dokumentengröße: 1/16 | Werbewert: € 104

Jugendzentrum klärt Rechte & Pflichten

ENNS. Jugendliche, die eine Lehre beginnen, stehen vor einer Fülle an Fragen. Was muss ich machen und was gehört nicht zu den Aufgaben eines Lehrlings? Besonders zum Arbeitsrecht haben junge Berufseinsteiger oft viele Fragen. Im ÖGJ-Jugendzentrum Enns werden die brennendsten Fragen zur Lehre beantwortet. Auf Anregung der Jugendlichen findet am Freitag, 22. Juni, ab 15 Uhr ein Infoabend statt, der die Jugendlichen darüber aufklärt, wie es um Rechte und Pflichten von Lehrlingen bestellt ist.



Die Veranstaltung findet am 22. Juni statt.

Foto: JCUV



Kämpferin seit Kindertagen

Seite 16 / 08.06.2018

Druckauflage: 194.524 | Reichweite: 545.000 | Dokumentengröße: 1/3 | Werbewert: € 5.224,48

STEIRERIN DES TAGES

Kämpferin seit Kindertagen

Susanne Hofer (23) ist die erste Frau an der Spitze der Gewerkschaftsjugend. „Höchste Zeit“, sagt die Grazerin.

Von Thomas Macher

Ihre Mutter hat es schon kommen sehen: „Sie erzählt immer, dass ich von klein auf für Gerechtigkeit gekämpft hab“, sagt Susanne Hofer, die neue Vorsitzende der österreichischen Gewerkschaftsjugend (ÖGJ). Die 23-jährige Grazerin ist die erste Frau in dieser Position: „Es war schon sehr lange an der Zeit für eine Vorsitzende. Ich bin mit meinem ganzen Herzblut dabei.“

Als Schülervertreterin hat sich Hofer früher mit Direktoren angelegt, jetzt will sie es mit der Bundesregierung aufnehmen: „Unter den Jungen regt sich Widerstand gegen diese Politik.“

Die geplante Kürzung der Ausbildungsbeihilfe für Lehrlinge, die über 18 sind, oder die Abschaffung der sogenannten Jugendvertrauensräte als Ansprechpartner in Betrieben: „Gegen solche Maßnahmen werden wir mit Aktionismus ankämpfen.“ Hofer will sich

auch dafür einsetzen, dass Frauen in der Arbeitswelt gleich behandelt werden wie Männer: „Da gibt es noch viel zu tun. Es braucht auch mehr Frauen in technischen Berufen. Das muss stärker gefördert werden“, sagt Hofer.

Sehr ehrgeizig ist das Endziel der jungen Gewerkschaftsführerin: „Wenn ich abtrete, soll kein einziger junger Mensch mehr in prekären Verhältnissen arbeiten.“ Doch in die Töne der Angriffslust und Aufbruchsstimmung mischt sich bei Hofer auch etwas Wehmut: „Ich ziehe im Juli mit einem lachenden und einem weinenden Auge von Graz nach Wien.“

Für die neue Stelle muss die 23-Jährige viel zurücklassen. „Mein Partner Jörg und meine Hündin Rosa bleiben zunächst in Graz. Ich werd sie natürlich sehr vermissen. Aber ich bin froh, dass mich mein Partner so unterstützt.“ Auch

ihr Lehramtsstudium der Germanistik und Geschichte wird Hofer unterbrechen: „Dafür bleibt jetzt leider keine Zeit. Aber vielleicht nehme ich es später wieder auf. Wissen weiterzugeben, macht mir viel Spaß.“ Mit Kindern zu arbeiten ebenso. Für die Lebenshilfe Graz betreut Hofer behinderte Kinder. „Das hat mir immer extrem viel Kraft gegeben. Es ist ein guter Ausgleich zur politischen Arbeit.“

All das kann sie nicht nach Wien mitnehmen. Doch Hofer schaut dem Neubeginn zuversichtlich entgegen: „Es wird eine Herausforderung. Aber ich will etwas verändern, damit junge Menschen eine bessere Zukunft haben.“

Kämpferische Töne wie diese stimmt die 23-Jährige auch an, wenn sie sich entspannen möchte: Freund und Hund spielt sie am Abend oft auf der Gitarre vor – am liebsten Arbeiterlieder.



Zur Person

Susanne Hofer wurde Ende Mai zur geschäftsführenden Vorsitzenden der Gewerkschaftsjugend gewählt. Die Grazerin kommt aus der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp), der sie vor fünf Jahren beigetreten ist.



**KLEINE
ZEITUNG**

Kleine Zeitung / Steiermark

APA DEFACTO

HörensWert

Seite 55 / 05.06.2018

Druckauflage: 188.420 | Reichweite: 545.000 | Dokumentengröße: 1/32 | Werbewert: € 490,63

HörensWert

Connected. FM 4, 15 bis 19 Uhr.
Susanne Hofer, Vorsitzende der
Gewerkschaftsjugend,
ist im Studio zu Gast. Unter
anderem geht es um unbezahlte Praktika.



Initiative für bessere Praktika

Seite 68 / 03.06.2018

Druckauflage: 541.869 | Reichweite: 1.084.000 | Dokumentengröße: 1/4 | Werbewert: € 6.817,5

Initiative für bessere Praktika

Die Gewerkschaft setzt sich stark für Verbesserungen der Pflichtpraktika von 180.000 Schülern ein

Rund 180.000 Schüler von Handelsakademien und Handelsschulen müssen in den Ferien Pflichtpraktika machen. Diese sollten bezahlt und somit im Normalfall reguläre Arbeitsverhältnisse sein. Doch laut Umfrage unter den Schülern erhalten zehn Prozent gar kein Gehalt, weil die Betriebe sie als Volontäre betrachten. Weitere elf Prozent bekommen nur ein Taschengeld.



REDAKTION
VERGIL SIEGL

Susanne Hofer, Vorsitzende der Österreichischen Gewerkschaftsjugend, will das ändern: „Ich appelliere an die Unternehmen, ihre Praktikanten ordentlich zu bezahlen.“ In diversen Branchen ist es bereits gelungen, Regelungen für Pflichtpraktikanten in den Kollektivverträgen

Susanne Hofer, Vorsitzende der Österreichischen Gewerkschaftsjugend: Betriebe sollen Praktikanten gut bezahlen.

zu verankern. So erhalten die jungen Leute etwa im Einzelhandel mindestens 590 Euro im Monat. Das Entgelt entspricht der Lehrlingsentschädigung, und wie bei Lehrlingen steigt es mit dem Schuljahr, in dem die Praktikanten gerade sind. In der chemischen Industrie liegt

das Entgelt bei 810 Euro im Monat, in der IT-Branche sogar bei 903 Euro.

Hofer wünscht sich von den Betrieben auch, dass sie die Praktikanten für interessante Tätigkeiten einsetzen, bei denen diese etwas lernen können: „Nur Mappen ordnen ist nicht sinnvoll.“





Praktika: Jugend unzufrieden

Seite 24 / 29.05.2018

Druckauflage: 188.420 | Reichweite: 545.000 | Dokumentengröße: 1/8 | Werbewert: € 1.959,38

WIEN

Praktika: Jugend unzufrieden

AK und Gewerkschaft beklagen die oft fehlenden Verträge.

Seit dem Schuljahr 2014/15 sind Sommerpraktika in berufsbildenden Schulen verpflichtend. Heuer werden rund 180.000 Jugendliche so Berufserfahrung sammeln. Allerdings seien 60 Prozent der Schüler mit dem Praktikum unzufrieden. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage im Auftrag der Ge-

werkschaft und der Arbeiterkammer. Ein Drittel beklagt fehlende Arbeitsverträge, die Hälfte musste in Bereichen arbeiten, die mit ihrer Ausbildung nichts zu tun hat. Zehn Prozent wurden nicht bezahlt. Vor allem im Sozialbereich, sagt die Grazerin Susanne Hofer, neue Chefin der Gewerkschaftsjugend: „Die glau-

ben, Jugendliche sind so sozial, dass sie es gratis machen.“ Auch AK-Direktor Christoph Klein appelliert an Unternehmen: „Behandelt die Jugendlichen ordentlich, wenn ihr die Fachkräfte von morgen braucht.“



Susanne Hofer,
GPA-DJP
Jugend APA



EU-Präsidentschaft startet in Schladming

Seite 16 / 29.05.2018

Druckauflage: 138.554 | Reichweite: 343.000 | Dokumentengröße: 1/3 | Werbewert: € 3.257,67

EU-Präsidentschaft startet in Schladming

335 Millionen Euro Kosten – Mindestsicherung am Prüfstand des steirischen Landesrechnungshofes



In der prächtigen Schladminger Bergwelt starten Kurz/Schützenhöfer die EU-Ratspräsidentschaft.



GERHARD FELBINGER
Steiermark
Inoffiziell

gerhard.felbinger@kronenzeitung.at

den, weil durch das großzügige steirische Modell eine Kostenexplosion passiert ist“, so Klubchef Stefan **Hermann**.

Nächste österreichische Spitzenfunktion für eine Steirerin: Susanne **Hofer**, 23, Grazerin, ist neue Chefin der Österreichischen

Gewerkschaftsjugend. SP-Chef Michael **Schickhofer** sichert ihr jede Unterstützung zu.

ANZEIGE

HOF GASTEIN BAD HOFGASTEIN & LEUTGEB ENTERTAINMENT GROUP PRÄSENTIEREN

Juan Diego Flórez

& PHILHARMONIE SALZBURG

SOMMER OPEN AIR
VOR ATEMBERAUBENDER KULISSE

21. JULI 2018
BAD HOFGASTEIN
ALPENARENA

LEUTGEB ENTERTAINMENT GROUP

jetzt tickets sichern bei www.dieticket.com & allen raiffeisenbanken

Da wird's im nächsten Landtag Knatsch geben. Obwohl die Bundesregierung in Sachen Mindestsicherung in Zukunft in dieser Causa ohnehin die Marschrichtung vorgibt (Seiten 2/3), wollen die steirischen FPLer noch ein bisschen in der Vergangenheit stirln. Aufgefahren wird schweres Geschütz. Per Sonderstück wird ein direktes Prüfverfahren durch den Rechnungshof eingeleitet...

Begründet wird die ungewöhnliche Aktion mit den enormen Kosten. In den vergangenen fünf Jahren sind die auf 335 Millionen geklettert. Und auch der starke Anteil an ausländischen Beziehern – 40 Prozent – mag der sozialen Heimatpartei nicht schmecken. Insbesondere, so die Landesblauen, sollen – ähnlich wie in Wien, wo massive Missstände ans Licht kamen – die Bereiche Vollzug und Aufsicht geprüft werden.

„Auch wenn's jetzt das neue Bundesmodell gibt, Sünden der Vergangenheit müssen aufgearbeitet wer-

Zum Schluss: Das ist einmal eine gute Idee! Am Tag der Übernahme des EU-Ratsvorsitzes – 30. Juni – werden Kanzler & Co. die Steiermark beehren. „Servus Europa“ schallt es dann von der Schladminger Planai. Bei der Staffelübergabe – Sebastian **Kurz** übernimmt vom bulgarischen Premier Bojko **Borissow** – soll aber auch die Bevölkerung per Speckjaus'n eingebunden sein. Und am Abend werden die Menschen bei einem Konzert europäischer Musiker auf die Ratspräsidentschaft eingestimmt.



Gewerkschafts-Chefin Susanne Hofer, Landesvize Michael Schickhofer.



Ist es Schnuppern oder Arbeit?

Seite 15 / 29.05.2018

Druckauflage: 69.788 | Reichweite: 263.000 | Dokumentengröße: 1/6 | Werbewert: € 3.519,87

Ist es Schnuppern oder Arbeit?

180.000 Schüler in Österreich müssen im Zuge ihrer Ausbildung ein Praktikum absolvieren. Viele sind vom Praxis-Check ernüchtert. Strittig ist oftmals auch, ob es Geld gibt oder nicht.

HELMUT KRETZL

WIEN. Berufliche Praxis als integraler Bestandteil einer fundierten Ausbildung – diesen edlen Anspruch haben sich die Berufsbildenden Höheren Schulen in Österreich auf die Fahnen geheftet. Aber nicht immer findet das in der vorgesehenen Form statt, beklagen Arbeiterkammer und Gewerkschaft.

Rund 180.000 Schülerinnen und Schüler in Österreich besuchen Institute, wo ein Praktikum verpflichtend vorgeschrieben ist. Außer den Höheren Technischen Lehranstalten (HTL) gehören dazu seit dem Schuljahr 2014/15 auch Handelsakademien (HAK) und Handelsschulen (HAS).

Speziell in diesem Bereich sehen AK-Direktor Christoph Klein und Susanne Hofer, die Vorsitzende der Gewerkschaft GPA-djp Jugend, Handlungsbedarf. Denn mehr als jeder zweite Praktikant sei mit seinen konkreten Erfahrungen in der Berufswelt unzufrieden, zeigt eine Befragung unter gut 2000 Schülern von HAK und HAS. Daraus leitet Klein einen Appell an die Praktikumsbetriebe ab: „Behandelt die Jugendlichen ordentlich, wenn ihr die Fachkräfte von morgen wollt.“

Viele Schüler müssten ihr Praktikum in einem Bereich machen, der nichts mit ihrer beruflichen Ausbildung zu tun habe, viele hätten kei-



Nicht immer verlaufen Praktika so harmonisch.

BILD: SN/GOODLUZ - STOCKADOB.COM

nen Arbeitsvertrag, zeigt die Befragung. Viele hätten nur Absagen erhalten, etliche umsonst arbeiten müssen. Für AK-Direktor Klein ist das „nicht in Ordnung, denn Praktikanten leisten echte Arbeit“. Laut Lehrplan sei „ein Mal oder mehrmals während der Sommerferien ein bezahltes Pflichtpraktikum“ vorgeschrieben. Doch diese Vorschrift des Unterrichtsministeriums richtet sich an die Schulen, nicht an die Betriebe.

Und oft ist unklar, ob es sich um ein zu bezahlendes Arbeitsverhältnis oder ein unentgeltliches Volontariat handle, ein unverbindliches Hineinschnuppern in einen Beruf. Wie man das unterscheiden kann? „Gibt es eine Bindung an Arbeitszeiten, vorgeschriebene Tätigkeiten, Vorgesetzte, die Anweisungen geben und die Arbeitsleistung kontrollieren können, dann liegt ein echtes Arbeitsverhältnis vor“, das korrekt zu bezahlen sei, sagt Klein.

Das sei aber in der Regel nicht der Fall, entgegnet Ingomar Stupar. Er ist als Referent in der Abteilung Sozialpolitik und Gesundheit der Wirtschaftskammer Österreich für Arbeitsrecht zuständig. „Ein Pflichtpraktikum entspricht einem Ausbildungs- und keinem Arbeitsverhältnis“, sagt Stupar. Der Jugendliche sei nicht verpflichtet, Arbeitsleistung zu erbringen. Damit sei das Unternehmen nur dann zur Bezahlung verpflichtet, „wenn im Einzelfall Arbeitsleistung überwiegend bestehen sollte“. In der Regel bestehe laut Judikatur „mangels Arbeitsleistung kein Rechtsanspruch“ auf Gehalt. Das könne man von 16-Jährigen auch nicht erwarten.

Stupar findet es bemerkenswert, dass laut zitierter AK-Umfrage 90 Prozent der HAK- und HAS-Praktikanten Gehalt oder Taschengeld erhalten würden, „freiwillig, dazu sind sie nicht verpflichtet“, unterstreicht er.

Die AK empfiehlt, vor dem Praktikumsantritt zu klären, ob es sich um ein Arbeitsverhältnis oder ein Volontariat handelt und genaue Arbeitszeitaufzeichnungen zu führen. Für Fragen stünden die AK-Landesstellen bereit. Eine Praktikantin empfiehlt, bei der Bewerbung das Wort Pflichtpraktikum zu vermeiden. „Es ist besser, sich für einen Ferialjob zu bewerben, dann ist die Frage der Bezahlung kein Problem.“



Ein Praktikum ist kein Volontariat

Seite 11 / 29.05.2018

Druckauflage: 22.000 | Reichweite: 63.800 | Dokumentengröße: 1/4 | Werbewert: € 2.017,5

Ein Praktikum ist kein Volontariat

Bei der Arbeit in den Ferien gibt es je nach Vertrag unterschiedlich viel Geld und anderes zu tun.

Von Martina Madner

Wien. Drei Jahre an Erfahrung konnten beide Seiten nun sammeln. Seit dem Schuljahr 2014/15 müssen auch Handelsschüler bis zu ihrem Abschluss 150 Praktikumsstunden in Unternehmen sammeln, jene in der Handelsakademie sogar 300 Stunden.

Zwei Studien im Auftrag der Arbeiterkammer Wien – eine des Österreichischen Instituts für Berufsbildungsforschung, eine des Instituts für Lebens- und Arbeitsweltforschung – zeigen nun, dass die Erfahrungen zum Teil besser hätten sein können: 45 Prozent der Praktikanten sagten, dass sie berufsfremd eingesetzt worden sind. Ein Drittel gab an, weder einen Arbeitsvertrag noch einen Lohnzettel erhalten zu haben. Zehn Prozent erhielten für die Arbeit nur ein Taschengeld, weitere zehn Prozent gar keines.

„Dabei wäre es die moralische Verantwortung der Unternehmen den Schülerinnen und Schülern gegenüber, dass es in Pflichtpraktika um Bildung geht – und nicht ums Mappeneinordnen“, sagt Susanne Hofer, Vorsitzende der Österreichischen Gewerkschaftsjugend. Und AK-Direktor Christoph Klein stellt fest: „Viele junge Leute lernen schon im Pflichtpraktikum die Schattenseiten des Berufslebens kennen.“

Vera, eine der befragten Praktikantinnen, riet künftigen Praktikanten dazu, bei ihrer Bewerbung das Wort Pflichtpraktikum gar nicht zu verwenden: „Es ist besser, sich für einen Ferialjob zu bewerben, dann ist die Frage der Bezahlung kein Problem.“ Ganz so einfach ist es allerdings nicht, es gibt Unterschiede zwischen Volontariaten, Pflichtpraktika und Ferialjobs.

Volontariat oder Pflichtpraktikum

Beim Volontariat handelt es sich um eine reine Ausbildung, keine Arbeit. Volontäre sind nicht weisungsgebunden, das Unternehmen kann auch nicht auf fixen Arbeitszeiten bestehen. Die „Arbeit“ dient rein dem Lernen, Arbeitsergebnisse von Volontären müssen nicht verwertbar sein. Sie müssen auch nur unfallversichert werden, dürfen – sofern nicht anders vereinbart – auch nicht mit einem Einkommen rechnen.



Ob das Arbeiten oder Lernen überwiegt, ist für die Entlohnung des „Sommerjobs“ entscheidend. Foto: Fotolia

Anders Pflichtpraktikanten – hierzu spricht eine Verordnung des Bildungsministeriums davon, die aktuell 180.000 Schüler in berufsbildenden Schulen betrifft, dass es sich um ein „bezahltes“ Pflichtpraktikum handle.

Diese Bezahlung ist in manchen Kollektivverträgen auch genau geregelt: In jenem des Handels ist zum Beispiel von der Lehrlingsentschädigung des ersten Lehrjahres, also mindestens 590 Euro brutto die Rede; bei einem Nachfolgepraktikum gibt es jene des zweiten Lehrjahres. In der Chemieindustrie erhalten Pflichtpraktikanten mindestens 810 Euro brutto pro Monat, in der IT-Branche 903 Euro. Das Entgelt für Pflichtpraktika ist allerdings nur in der Hälfte der Kollektivverträge Angestellter geregelt, nicht in allen. „In der Regel handelt es

sich um Arbeitsverhältnisse“, sagt Klein, „sie sind also auch als solche zu bezahlen“. Was macht so ein Arbeitsverhältnis aus? Fixe Dienstzeiten, Vorgesetzte dürfen Anweisungen erteilen, aufgetragene Arbeit hat erledigt zu werden.

Ferialjobs sind befristete Arbeitsverhältnisse

Grundsätzlich sind Ferialjobs ganz normale Arbeitsverhältnisse – nur eben befristet. Der Arbeitgeber hat alle Sozialversicherungsleistungen zu bezahlen, die Zeit zählt auch zu den Pensionszeiten. Man wird seiner Ausbildung und Berufserfahrung sowie der Tätigkeit entsprechend entlohnt. Dazu gibt es für einen Monat Arbeit ein Zwölftel des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes, bei zwei Monaten zwei Zwölftel – auch entsprechend Urlaubstage.

Der Unterschied vom Pflichtpraktikum zur Ferialarbeit ist nun, dass Erstere Ausbildungsinhalte umfassen müssen, Letztere aber nicht. AK und Gewerkschaftsjugend wünschen sich eine genaue schulrechtliche Definition der Inhalte. Klar ist aber, dass ein Monat Kaffeekochen nicht dem Inhalt eines Pflichtpraktikums entsprechen kann und berufsfremde Arbeit keinen Sinn macht. Die Urlaubsvertretung im Lager oder im Sekretariat muss alle Tätigkeiten, auch unbeliebtes Kopieren übernehmen. Beide aber müssen jeweils das Einstiegsgehalt im Kollektivvertrag erhalten.

Mit einem Arbeitsvertrag, wo nicht nur das Einkommen, sondern auch eventuelle Lerninhalte festgelegt werden, lassen sich übrigens spätere Missverständnisse für beide Seiten vermeiden. ■



Grazerin an der Spitze der Gewerkschaftsjugend

Seite 6 / 28.05.2018

Druckauflage: 63.140 | Reichweite: 480.000 | Dokumentengröße: 1/16 | Werbewert: € 1.231,25

Grazerin an der Spitze der Gewerkschaftsjugend

Wien – An der Spitze der Österreichischen Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) steht erstmals eine Frau. Die 23-jährige Grazerin Susanne Hofer ist am Wochenende zur geschäftsführenden Vorsitzenden gewählt worden. Die Vorsitzende kommt aus der Privatangestellten-gewerkschaft GPA-djp und arbeitet im Hauptberuf bei der Lebenshilfe. Sie folgt auf Sascha Ernszt aus der Produktionsgewerkschaft Pro-Ge, der den ÖGJ-Vorsitz nach fünf Jahren abgibt. (red, APA)



Österreich / Wien, CityWien, CityNÖ, Niederösterreich, Burgenland, Kärnten, Steiermark, Oberösterreich, Tirol, Vorarlberg, Salzburg

AUFSTEIGERIN

Seite 24 / 28.05.2018

Druckauflage: 527.323 | Reichweite: 523.000 | Dokumentengröße: 1/16 | Werbewert: € 1.330,63

AUFSTEIGERIN
Susanne Hofer. Die 23-Jährige steht jetzt als erste Frau an der Spitze der Gewerkschaftsjugend (ÖGJ).





Lehrlinge: "15-Jährige haben keine Mitsprache"

Seite 12 / 16.05.2018

Druckauflage: 82.670 | Reichweite: 140.000 | Dokumentengröße: 1/32 | Werbewert: € 141,73

Lehrlinge: „15-Jährige haben keine Mitsprache“

Bisher gibt es in Betrieben mit mindestens fünf Jugendlichen einen gewählten „Jugendvertrauensrat“. Mit der Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Betriebsratswahlen würde das wegfallen, kritisiert die SPOÖ. Sie fordert vom Bund den Erhalt <#>



Die Gewerkschaftsjugend mit SP-Abgeordneter Müllner



Weniger Geld für überbetriebliche Lehre

Seite 10 / 14.05.2018

Druckauflage: 63.140 | Reichweite: 480.000 | Dokumentengröße: 1/6 | Werbewert: € 3.283,99

Weniger Geld für überbetriebliche Lehre

Finanzielle Einbußen sollen überbetriebliche Lehrlinge zum Wechsel in Unternehmen bewegen.

Dabei sind in Wien Lehrstellen knapp, im Westen Lehrlinge. Eine Vermittlung innerhalb des Landes stößt an Grenzen.

Zu Beginn des Monats trumpfte die Bildungseinrichtung BFI Wien mit einer runden Zahl auf: Der Träger von überbetrieblichen Ausbildungsstätten (ÜBA) hatte den 1500. Lehrling in ein betriebliches Dienstverhältnis vermittelt. Genau das ist auch Ziel dieses Programms, nämlich einen vorübergehenden Mangel an klassischen Lehrstellen zu überbrücken. Bei diesen Lehrwerkstätten setzt die Regierung nun den Rotstift an, um den Druck zum Wechsel in eine betriebliche Stelle deutlich zu erhöhen – und erntet umgehend Kritik von Gewerkschaftsseite.

Konkret soll für Jugendliche ab 18 Jahren die Ausbildungsbeihilfe, gewissermaßen das Pendant zur Lehrlingsentschädigung, zusammengestrichen werden. Statt bisher unabhängig vom Lehrjahr 753 Euro müssen sich Betroffene ab Herbst in den ersten zwei Ausbildungsjahren mit 325,80 Euro pro Monat begnügen, eine Kürzung um mehr als die Hälfte. Da die Arbeitsbedingungen in einer ÜBA als attraktiver als in einer betrieblichen Lehre gelten, soll eben finanzieller Druck den Anreiz für einen Wechsel erhöhen.

Entgegen manchen Befürchtungen wird die ÜBA als Auffangnetz jedenfalls erhalten bleiben, für AMS-Wien-Chefin Petra Draxl ist sie noch vonnöten. „Erst wenn alle unsere Jugendlichen von den Be-

trieben übernommen werden, hören wir sofort mit der ÜBA auf“, wird sie im *Kurier* zitiert. Allein, genau daran hapert es speziell in der Bundeshauptstadt. Nurmehr acht Prozent der Wiener Betriebe bilden laut der Fraktion sozialistischer Gewerkschafter überhaupt noch Lehrlinge aus, Tendenz sinkend bei gleichbleibender Zahl an Lehrstellensuchenden.

In Zahlen gegossen liest sich das wie folgt: Fast ein Viertel der insgesamt 17.000 Wiener Lehrlinge befindet sich im Auffangnetz ÜBA. Von diesen rund 4000 Auszubildenden bleibt etwa ein Drittel bis zur Lehrabschlussprüfung,

was den Steuerzahler jährlich 70 Millionen Euro kostet. Erst im Vorjahr wurden die Beihilfen erhöht, um auch volljährigen Schulabbrechern zu einer Berufsausbildung zu bewegen. „Es gelang uns dadurch viel besser, junge Menschen ohne Abschluss von der Straße zu holen“, bestätigt Draxl.

West-Ost-Gefälle

„Jugendlichen in der überbetrieblichen Ausbildung Geld zu streichen wird nicht dazu führen, dass sie morgen eine Lehrstelle in einem Betrieb finden“, warnt Sascha Ernst, Vorsitzender der Österreichischen Gewerkschafts-

jugend. Zumal auch auf dem Lehrlingsmarkt ein West-Ost-Gefälle besteht, denn im Westen des Landes herrscht teilweise eine Knappheit an Auszubildenden.

„Die Chancen für eine Lehre in einem echten Betrieb verbessern sich für jene, die bereit sind, Wien zu verlassen“, sagt Draxl. Bestrebungen vom AMS Wien und der Wirtschaftskammer, Lehrsuchende etwa nach Tirol zu vermitteln, stoßen angesichts fehlender öffentlicher Verkehrsverbindungen, mangelnder günstiger Wohnmöglichkeiten oder fehlender Kinderbetreuung in der Praxis jedoch rasch an ihre Grenzen. (aha)



Foto: APA

In Wien sind rund 4000 Jugendliche, das ist fast ein Viertel aller Lehrlinge, in überbetrieblichen Ausbildungsstätten tätig. Geringeres Einkommen soll diese künftig zum Wechsel in Firmen bewegen.



Kritik an Kürzungen bei der überbetrieblichen Lehre

Seite 14 / 10.05.2018

Druckauflage: 148.550 | Reichweite: 545.000 | Dokumentengröße: 1/16 | Werbewert: € 1.649,38

BERUFSAUSBILDUNG

Kritik an Kürzungen bei der überbetrieblichen Lehre

Schwund an Lehrbetrieben. Die Kürzung der Ausbildungsbeihilfe für über 18-Jährige, die eine überbetriebliche Ausbildungsstätte (ÜBA) besuchen, sorgt für scharfe Kritik bei der Österreichischen Gewerkschaftsjugend. „Jugendlichen in der überbetrieblichen Ausbildung Geld zu streichen, wird nicht dazu führen, dass sie morgen eine Lehrstelle in einem Betrieb finden“, sagt Vorsitzender Sascha Ernzt. Schon jetzt würden Lehrlinge in der ÜBA meist weniger Geld bekommen als bei einer Ausbildung in einem Betrieb.

Wie der KURIER berichtet, wird ab September in den ersten zwei Lehrjahren nur noch 325,80 Euro statt bisher 753 Euro bezahlt. Dadurch

soll der Anreiz, länger in der staatlichen Ersatzlehrstätte zu verweilen, minimiert werden. „Bevor hier der Sparstift angesetzt wird, sollten sich die Zuständigen genau überlegen, wie sie junge Menschen besser in Betriebe vermitteln können“, meint Ernzt. Er verweist auf die sinkende Zahl an Ausbildungsbetrieben. Gab es 2006 noch 37.783 Lehrbetriebe in Österreich, so sind es aktuell nur noch 28.900.

In Wien würden überhaupt nur noch acht Prozent der Betriebe Lehrlinge ausbilden, kritisiert die Jugendsprecherin der FSG Wien, Carina Köpf. Auch mit der Qualität der Ausbildung stehe es nicht gerade zum Besten.



„JVR bleibt“ lautet das Motto der steirischen...

Seite 22 / 09.05.2018

Druckauflage: 139.404 | Reichweite: 343.000 | Dokumentengröße: 1/16 | Werbewert: € 610,88



„JVR bleibt“ lautet das Motto der steirischen Gewerkschaftsjugend. Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, haben sich die jungen Leute mit Michael Schickhofer den Landeshauptmann-Vize als Unterstützer geholt. Worum geht's? Nun, die Bundesregierung hat angekündigt, den ehrenamtlichen Jugendvertrauensrat (kurz JVR) in österreichischen Betrieben abzuschaffen. „Gerade im Job brauchen unsere Jugendlichen aber gleichaltrige Ansprechpartner, mit denen man Probleme besprechen kann“, meint Schickhofer.



"Worten müssen nun Taten folgen"

Seite 14 / 04.05.2018

Druckauflage: 11.561 | Reichweite: 39.000 | Dokumentengröße: 1/16 | Werbewert: € 97,65

FELDKIRCH

„Worten müssen nun Taten folgen“

Der Landesvorsitzende der Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) Lucas Schweigkofler begrüßt die Unterstützungsbekundung des Landeshauptrats in Sachen Jugendvertrauensrat. Allerdings seien Markus Wallner und sein Parteikollege Hubert Hämmerle nun gefordert, den Worten auch Taten folgen zu lassen, heißt es in einer Aussendung. „Es hat schon viel zu lange gedauert, bis es vonseiten der Landes-ÖVP eine Reaktion gibt“, kritisiert Schweigkofler. Über 7000 Lehrlinge und weitere Tausende junge Beschäftigte würden durch eine Abschaffung der Jugendvertrauensräte ihre Ansprechpartner in den Betrieben verlieren.



5 Rezepte gegen Fachkräftemangel

Seite 11 / 03.05.2018

Druckauflage: 148.550 | Reichweite: 545.000 | Dokumentengröße: 1/4 | Werbewert: € 6.597,5

5 Rezepte gegen Fachkräftemangel

71.000 offene Stellen. Betriebe müssten einfach mehr tun, um gute Mitarbeiter zu finden, meinen Personalprofis

VON ANITA STAUDACHER

Die Frühjahrsbelegung am heimischen Arbeitsmarkt sorgt für einen neuerlichen Rekordwert an offenen Stellen. Ende April waren beim AMS 71.000 Jobs sofort verfügbar, um 28 Prozent mehr als vor einem Jahr. Dazu kommen knapp 20.000 offene Lehrstellen, wobei zwei Drittel davon erst ab Herbst verfügbar sind. Als Reaktion auf den sich zuspitzenden Fachkräftemangel beginnen die Betriebe mit der Suche nach Lehrlingen immer früher. Für Personalberater ein logischer Schritt. Bei Hochkonjunktur müssten die Unternehmen einfach mehr tun, um gutes Personal zu finden, so der Grundtenor. Raunzen allein helfe nicht. Der KURIER fasst die wichtigsten Schritte gegen die Personalkrise zusammen:

1 Besser bezahlen

In den am meisten nachgefragten Berufen sind die Gehälter zuletzt steil nach oben gegangen, was aber noch nicht in allen Personalbüros angekommen ist. „200 Euro im Monat mehr kann aber schon zu einem Jobwechsel führen“, meint Silke Kurz, Expertin für Employer Branding bei der Personalberatung Inventa. Auch höhere Lehrlingszuschüsse sind ein Thema. Forderungen der Gewerkschaftsjugend nach einer generellen Mindestentlohnung von 700 Euro im Monat blieben zuletzt ungehört, der Wettbewerb um die besten Köpfe sorgt aber bereits für freiwillige Höherzahlungen und Boni, etwa im Handel. Kleine Handwerksbetriebe können

da nur schwer mithalten. Sie punkten aber mit der persönlichen Ebene, die laut Kurz noch besser an potenzielle Bewerber kommuniziert werden muss: „Wer bin ich? Was zeichnet mich als Betrieb aus?“

2 Allianzen schließen

Der Fachkräftemangel ist kein Einzelschicksal, er betrifft oft ganze Branchen und

Regionen. Mit gemeinsamen Initiativen mehrerer Unternehmen gelingt es leichter, Aufmerksamkeit bei der Zielgruppe zu erreichen. Ein gutes Beispiel dafür ist die ARGE Lehrbetriebe Ybbstal in Niederösterreich, die eigene „Karriere Clubbings“ für Jugendliche organisiert. Von Betrieben in Wien noch zu wenig genutzt werden auch

Kooperationen mit der überbetrieblichen Lehrausbildung. Das AMS Wien veranstaltet dazu am 8. Mai eine Lehrstellenbörse, an der 500 Jugendliche teilnehmen.

3 Zeitgemäß werben

Die Art der Personalsuche sei bei vielen Betrieben veraltet, weiß HR-Expertin Manuela Lindlbauer von

Lindlbauer Personalmanagement und rät zur „Rekrutierung 4.0“. „In digitalen Zeiten gehören Social-Media-Auftritte, Videobotschaften, Online-Inserate und das Hineingehen in diverse Blogs einfach dazu.“ Um gutes Personal zu finden, sei es ein Muss, sich als attraktiver Arbeitgeber zu präsentieren und am Image zu feilen.

„Wer ein sexy Image hat, findet auch leicht Personal.“ Egal ob großer oder kleiner Betrieb. Als Beispiel nennt sie die E-Mobilitäts-Firma Kreisell in Mühviertel.

4 Suche ausweiten

Allen Migrationsdebatten zum Trotz: Schon jetzt werden zwei Drittel aller zusätzlichen Jobs mit Nicht-Österreichern besetzt. Der überwiegende Teil kommt aus dem EU-Raum, vor allem aus Deutschland, Ungarn und Rumänien. Während für Großbetriebe das Anwerben qualifizierter Arbeitskräfte aus dem Ausland längst Routine ist, hätten kleinere Betriebe damit noch ihre liebe Not, berichtet Lindlbauer. Der Aufwand ist entsprechend höher. Es können aber auch weniger gut qualifizierte eingestellt und entsprechend geschult werden. Aus- und Weiterbildung im Betrieb soll im Zuge der geplanten Fachkräfteoffensive noch stärker gefördert werden.

5 Ältere einstellen

Die demografische Entwicklung wirkt sich unmittelbar auf das Arbeitskräfteangebot aus, der Personalpool 50plus wächst kontinuierlich. Viele Betriebe können sich aber offenbar leisten, Bewerber über 50 Jahre erst gar nicht zum Bewerbungsgespräch einzuladen. Sie verzichten damit oft auf Fachkräfte mit Erfahrungsschatz. Das AMS bietet Betrieben, die ältere Arbeitslose einstellen, großzügige Eingliederungshilfen, was das Argument der höheren Kosten relativiert. Einen besonderen Kündigungsschutz gibt es bei Neueinstellungen nicht.

Arbeitslosigkeit auf Fünf-Jahres-Tief

AMS-Statistik. Stärkster Rückgang am Bau und in der Industrie, Akademiker profitieren kaum

Die Arbeitslosigkeit in Österreich ist dank Hochkonjunktur so niedrig wie seit fünf Jahren nicht mehr. Per Ende April waren beim AMS inklusive Schulungsteilnehmern knapp 385.000 Menschen auf Jobsuche, ein Rückgang von 7,1 Prozent bzw. 29.000 Menschen gegenüber dem Vorjahresmonat. Das stärkste Minus gab es mit 16,6 Prozent in der Baubranche, gefolgt von der Industrie mit 13,5 Prozent. Betrachtet nach den Qualifikationen profitieren derzeit Personen mit maximal Pflichtschul- oder Lehrabschluss am stärksten vom Aufschwung, während die Arbeitslosigkeit bei Akademikern bei knapp 28.500 stagniert.

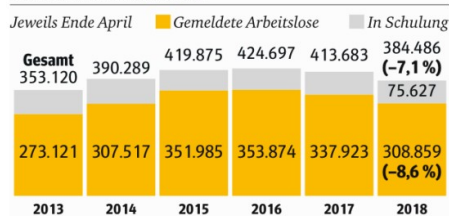
Flüchtlinge

Die im Vergleich zur Inländer-Arbeitslosigkeit nur geringfügig gesunkene Ausländer-Arbeitslosigkeit erklärt sich vor allem durch die steigende Anzahl an Asylberechtigten beim AMS. Jeden Monat kommen bis zu 900 anerkannte Flüchtlinge dazu. Sie in den Arbeitsmarkt zu integrieren dauere länger, meint Kopf.

Im EU-Vergleich bleibt Österreich mit einer Arbeitslosenquote nach Eurostat von 5,0 Prozent weiter auf dem zehnten Platz knapp vor Bulgarien mit 5,3 Prozent. Spitzenreiter ist Tschechien mit 2,4 Prozent, Schlusslicht Griechenland mit 20,6 Prozent. Der EU-Schnitt liegt bei 7,1 Prozent.

der Arbeitslosigkeit sollte man laut Kopf noch nicht zufrieden sein, schließlich konnte erst ein kleiner Teil des Arbeitslosenanstieges der vergangenen Jahre abgebaut werden. Zum Vergleich: Im April 2008 gab es in Österreich 260.000 Arbeitslose.

ARBEITSLOSE IN ÖSTERREICH

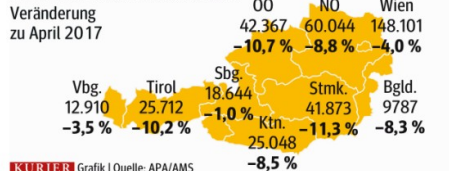


Arbeitslosenrate (nationale Definition) 7,7 % (2017: 8,6 %)

Zahlen im Detail | April 2018, Veränderung zum Vorjahr

Männer	Frauen	Inländer	Ausländer	15-24 Jahre	ab 50 Jahre
204.573	179.913	256.005	128.481	63.777	103.052
↓ -8,8%	↓ -4,9%	↓ -9,6%	↓ -1,7%	↓ -6,0%	↓ -5,5%

Arbeitslose nach Bundesländern



KURIER Grafik | Quelle: APA/AMS



Mit Überrumpelungstaktik: Aus für das Jugendzentrum

Seite 27 / 25.04.2018

Druckauflage: 14.987 | Reichweite: 43.462 | Dokumentengröße: 1/6 | Werbewert: € 700,14

Mit Jahresende muss das Mollner ÖGJ-Jugendzentrum seine Pforten nun endgültig schließen.

Foto: JUZ Molln

Mit Überrumpelungstaktik: Aus für das Jugendzentrum

Heftige Proteste gegen die Vorgehensweise der Mollner Politik. „Wir sind so ein Vorgehen nicht gewohnt“, sagt Juz-Leiter Reichl

Von Gerald Winterleitner

MOLLN. „Wir verurteilen dieses kurzfristige Sparen auf dem Rücken der Jugendlichen zutiefst“, kritisierte Rudolf Diensthuber, Vorsitzender des ÖGB Kirchdorf, gestern per Aussendung. Er spricht damit jene Überrumpelungstaktik von VP, FP und Teilen der Bürgerliste an, mit der vom Gemeinderat per Dringlichkeitsantrag das Aus für das seit 2009 bestehende ÖGB-Jugendzentrum (Juz) beschlossen wurde. Erst im Dezember war die Schließung nach massiven Protesten mit 10:11 Stimmen gescheitert.

„Ich habe den Eindruck, als würden sich Teile der Mollner Gemeindepolitik vor den Jugendlichen fürchten“, sagt Diensthuber, „diese Entscheidung wurde nicht im Sinne der Bevölkerung gefällt.“ Er sei entsetzt von Bürgermeister Reinisch (VP): „Ihm ist die Jugend offensichtlich völlig egal. Er begreift nicht, welchen Stellenwert ein Jugendzentrum mit fachlicher Betreuung hat.“

„Wir haben einen Funcourt errichtet, ebenso den Beachvolleyballplatz und die Schulsportanlage für alle zugänglich gemacht“, kontert Fritz Reinisch, „ich glaube also nicht, dass wir nichts für die Jugend machen.“

Die „Gemeindefinanzierung neu“ zwingt zu unliebsamen Schritten, allerdings würden alle immer nur verlangen, bei den anderen zu sparen. „Wir können

uns diese 18.000 Euro für den ÖGB nicht mehr leisten“, sagt Reinisch, „außerdem sind Rauchen, Alkohol und Verschmutzung dort ein Problem. Es hat schon Anrainerbeschwerden gegeben.“

Das stimme nicht, erklärt Stefan Reichl, Leiter des Jugendcenter-Unterstützungsvereins, der in Oberösterreich 16 Juz betreibt. Und die Kosten für Molln seien überschaubar: „Uns hat der Bürgermeister nie kontaktiert. Das

sind wir nicht gewohnt, dass man mit seinem Vertragspartner keine Gespräche führt.“ Das Juz beteilige sich an Gemeindeaktionen und biete Jugendlichen ein vielfältiges Programm bis hin zur Drogenprävention. Ehrenamtliche würden dies nicht schaffen.

Der ÖGB dürfe auf eigene Kosten weitermachen, sagt Reinisch: „Wir könnten es aber auch mit der katholischen Jugend und dergleichen machen.“

„Ich fühle mich von der Gemeinde veräppelt“

Mollns Hortleiterin Christine Wadi und ihre fünf Mitarbeiter stehen ab Herbst ohne Job da

MOLLN. 39 Kinder besuchen aktuell den Mollner Hort, der nach dem Willen von VP, FP und Teilen der Bürgerliste BIM ab Herbst durch die Volksschul-Nachmittagsbetreuung ersetzt werden soll. Betreut werden sie von einem fünfköpfigen Team unter der Leitung von Christine Wadi. Sie alle verlieren ihren Job.

Wadi will künftig wieder in ihrem angestammten Beruf als Lehrerin tätig werden, wäre aber lieber in Molln im Hort geblieben. Der Vertrag mit einem befristeten Mitarbeiter werde nicht verlängert, für vier Frauen im Alter von 56 bis 58 Jahren

würden die Jobaussichten nach der Kündigung eher trist sein.

Die bevorstehende Schließung sei fast ohne Vorwarnung gekommen, sagt Wadi: „Bürgermeister Reinisch hat nur gesagt, dass er kein Geld mehr hat. Ich bin enttäuscht von ihm. Kinder sind unsere Zukunft.“ Sie fühle sich aufgrund dieser Vorgehensweise von der Gemeinde veräppelt. Auch der Protest der Eltern sei enorm, da diese die Qualität der Betreuung überaus schätzen würden.

Ab September wäre der Hort mit mehr als 40 Kindern bis auf den letzten Platz voll gewesen.



Geballte Sozial-Kompetenz

Seite 18 / 13.04.2018

Druckauflage: 148.400 | Reichweite: 343.000 | Dokumentengröße: 1/3 | Werbewert: € 3.293,67

➤ Mindestsicherung und Inklusion sind die Hauptthemen

➤ Protest gegen Abschaffung von Jugend-Vertrauensräten

Geballte Sozial-Kompetenz heute in Leoben: Landesrätin Doris **Kampus** hat als Chefin der Sozialreferenten-Konferenz ihre Amtskollegen in den Congress gebeten. Brisantes Hauptthema: die Mindestsicherung. „Ich hoffe, dass sich Sozialministerin Beate **Hartinger-Klein** für konstruktive Vorschläge gewinnen lässt“, so Kampus, die sich im Vorfeld um einen Bundesländer-Kompromiss bemüht. Stoßrichtung: eine Bund-Länder-Vereinbarung, wie es sie bis Ende 2016 gab. Ausgangspunkt könnte ein Modell sein, dass Geldleistung mit einer Wohnkomponente verbindet. Kampus überzeugt: „Wir brauchen eine Lösung, die das letzte soziale Netz reißfest macht und trotzdem finanzierbar ist.“ Kann sie gleich vor Ort Nägel mit Köpfen machen. Die Ministerin, zuletzt wegen ihrer pat-scherten AUVA-Aktion mit Negativ-Schlagzeilen

zugedeckt, wird in Leoben dabei sein. Und sie könnte positive Presse aktuell gut brauchen...

Doch die steirische FP erteilt dem Plan schon eine Absage. Das sei ein „sozialromantisches Konzept“, das sich in der Vergangenheit als Magnet für Asylanten aus aller Herren Länder erwiesen habe, so Sozialsprecher Hannes **Amesbauer**.

Einen steirischen Vorstoß gibt es bei der Konferenz auch in Richtung Inklusion am Arbeitsmarkt: Kampus präsentiert in Leoben die Berufs-EM Euroskills, die 2020 in Graz – ausgerichtet von der Wirtschaftskammer – erstmals Menschen mit Behinderung eine Bühne bietet, auf der sie sich international präsentieren können. Kampus hat die Bundesländer zur Beteiligung eingeladen: „Menschen mit Behinderung können viel mehr, als viele glauben. Dafür wollen wir mit den



GERHARD FELBINGER

Steiermark
Inoffiziell

gerhard.felbinger@kronenzeitung.at

inklusive Euroskills werben. Ziel ist, mehr Menschen mit Behinderung in die Arbeitswelt zu bringen.“

Protest bei einer AK-Vollversammlung, den gibt's selten. Donnerstag hat sich aber, bewehrt mit Transparenten, die steirische Gewerkschaftsjugend laut zu Wort gemeldet. Sie demonstrierten gegen die Pläne der türkis-blauen Regierung, Jugendvertrauensräte abzuschaffen. In der Steiermark sind aktuell 380 Lehrlinge als Jugendvertrauensräte tätig.



Doris Kampus: Soziales Netz reißfest machen



Jugendvertrauensräte protestierten bei der AK-Vollversammlung.



Ruf nach mehr Qualität in der Lehre

Seite K12 / 17.03.2018

Druckauflage: 108.780 | Reichweite: 500.000 | Dokumentengröße: 1/4 | Werbewert: € 6.550

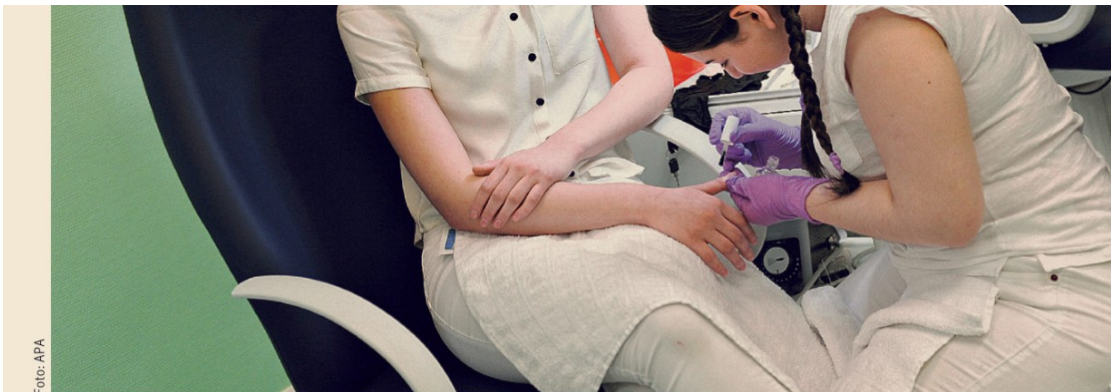


Foto: APA

In Österreich stehen rund 200 Lehrberufe zur Wahl. Nicht in allen sind die Lehrlinge mit der Qualität der Ausbildung zufrieden. Wo sich Auszubildner auch für die Inhalte der Berufsschule sowie die Lernfortschritte interessieren, steigt die Zufriedenheit der Auszubildenden.

Ruf nach mehr Qualität in der Lehre

Gudrun Ostermann

Wien – Die duale Ausbildung ist international ein Vorzeigemodell, in Österreich selbst leidet die Lehre aber schon lange am schlechten Image. Die Regierung will sich daher auch der Aufwertung der Lehre widmen. Im zweiten Lehrlingsmonitor der Arbeiterkammer und der Gewerkschaft werden Verbesserungspotenziale gezeigt. Vom Österreichischen Institut für Berufsbildungsforschung (ÖIBF) wurden dafür 6024 Lehrlingen online befragt.

Lehrlinge bei Banken und Versicherungen, Steuerassistenten, in der IT sowie Metalltechnik und Verwaltungsassistenten bewerteten die Qualität der Ausbildung am besten. Die schlechtesten Ausbildungsbewertungen gaben Lehrlinge in den Lehrberufen Friseur und Perückenmacher, Restaurantfachmann/-frau, Elektrotechniker, Einzelhandel, Maler und Beschichtungstechniker, Kfz-Techniker, Konditor sowie Hotel- und Gastgewerbeassistenten.

So gaben 29 Prozent der Lehrlinge an, (sehr) häufig ausbildungsfremde Tätigkeiten ausüben zu müssen. Sechs Prozent der befragten

Beim zweiten Lehrlingsmonitor von Arbeiterkammer und Gewerkschaft werden Verbesserungspotenziale sichtbar. Dazu gehören mehr Rückmeldungen zu den Ausbildungsfortschritten sowie ein besserer Austausch zwischen Betrieben und Berufsschulen.

ten unter 18-Jährigen gaben an, Überstunden zu leisten, mehr als ein Drittel davon unfreiwillig.

Unterstützung bei der Vorbereitung zur Lehrabschlussprüfung bekommen knapp 60 Prozent der Lehrlinge. Bei knapp der Hälfte habe der Lehrlingsauszubildner mit ihnen auch über die Anforderungen der Lehrabschlussprüfung gesprochen.

Kaum Rückmeldung

Aber zwei von fünf Lehrlingen bekommen kaum oder gar keine Rückmeldung zum Ausbildungsfortschritt. Fast ein Drittel der befragten Lehrlinge gab an, die Auszubildner nur manchmal zu sehen. Nur 37 Prozent der Betriebe erkundigen sich nach den Lerninhalten der Berufsschule. An gemeinsame Projekte zwischen Lehrbetrieb und Berufsschule konnte sich nur knapp ein Fünftel der Befragten erinnern. Dabei zeigt die

Auswertung auch, dass gerade bei jenen Lehrlingen die Ausbildungszufriedenheit besonders hoch ist, in deren Betrieb sich jemand auch für die Inhalte der Berufsschule interessiert.

Die Berufsschule sei für viele eine willkommene Abwechslung zur Praxis im Betrieb, sagt Sascha Ernszt, Vorsitzender der Gewerkschaftsjugend (ÖGJ). 20 Prozent der Lernzeit in der Lehrausbildung entfallen auf die Berufsschule. Der Großteil habe auch keine Schwierigkeiten, dem Unterricht zu folgen. Knapp 70 Prozent gaben an, dass sie die Lerninhalte im Betrieb brauchen können. „Da sind eher Unternehmen ungeduldig, dass Lehrlinge bestimmte Inhalte erst später erlernen“, ergänzt er.

Einen Berufsschullehrermangel, wie ihn Experten für Deutschland prognostizieren – bis 2025 würden demnach rund 22.000 Berufsschullehrer fehlen –, sei laut

dem Bildungsministerium für Österreich nicht zu befürchten. Zwar sind auch in Österreich die Zahlen bei den Lehrern rückläufig, aber auch die Lehrlingszahlen sind in den letzten Jahren zurückgegangen.

Ein Belastungsfaktor nicht nur in sozialer Hinsicht sei für Lehrlinge aber die Zeit im Internat, sagt Ernszt. Über 40 Prozent der Lehrlinge müssen während ihrer Berufsschulzeit ein Internat beziehen. Zwischen acht und zehn Wochen dauert der geblockte Unterricht, abseits des gewohnten Umfelds, der Freunde und der Familie.

Die finanzielle Belastung durch die zusätzlichen Internatskosten, die von gut 40 Prozent auch selbst getragen werden mussten, ist mit 1. Jänner weggefallen. Die Fahrtkosten sind aber nach wie vor von den Lehrlingen zu tragen. „Durch die Zusammenlegung von Berufsschulen wird das immer mehr zum Thema“, sagt Ernszt. Als Beispiel nennt er den Textilbereich. Bisher gab es in Wien und in Vorarlberg eine entsprechende Berufsschule, durch den Rückgang der Lehrlinge gibt es jetzt nur noch den Standort in Bludenz.



Poly Linz ist Landesmeister

Seite 35 / 09.03.2018

Druckauflage: 41.037 | Reichweite: 119.007 | Dokumentengröße: 1/32 | Werbewert: € 441,33

Poly Linz ist Landesmeister

In überzeugender Manier sicherten sich die Nachwuchs-Fußballer aus der Polytechnischen Schule Linz den Landesmeistertitel beim ÖGJ-Hallenfußballturnier. Am Finaltag in der HAKA-Arena in Traun dominierten die Linzer, gewannen alle ihre Spiele und setzten sich schließlich auch im Finale überzeugend mit 3:0 gegen Urfahr durch. Insgesamt waren 33 Schüler-Teams aus ganz Oberösterreich bei dem Turnier angetreten. Foto: ÖGJ





Die Ehrabschneider

Seite 22 / 05.03.2018

Druckauflage: 65.935 | Reichweite: 308.000 | Dokumentengröße: 3/4 | Werbewert: € 10.770

S pätabends erzielte Peter Eisenschenk eine SMS: „Das ist ja ein Wahnsinn, was auf Facebook abgeht“, schrieb ihm eine Bekannte. Der ÖVP-Bürgermeister von Tulln traute seinen Augen nicht. Im Netz sorgte ein Artikel für Aufruhr. Eisenschenk wurde beschuldigt, die Vergewaltigung einer 15-Jährigen durch Asylwerber vertuscht zu haben. Er sei in einen „Schweige-Skandal verstrickt“, schrieb das FPÖ-nahe Medium „Wochenblick“ auf seiner Website. Die Vergewaltigung sei „systematisch“ verschwiegen worden.

Was war geschehen? Tatsächlich zeigte das Mädchen Ende April 2017 eine Vergewaltigung an. Der Bürgermeister wurde von der Polizei informiert, aber um Vertraulichkeit gebeten – um die Ermittlung nicht zu gefährden, wie die Exekutive gegenüber profil bestätigt. „Durch eine Veröffentlichung wäre es ganz klar zu einer Gefährdung des Ermittlungserfolges gekommen. Wenn die Tatverdächtigen mitbekommen, dass da DNA-Ermittlungen geführt werden, besteht die Gefahr, dass sich die sofort aus dem Staub machen. Das wollten wir verhindern“, erklärt der involvierte Staatsanwalt Leopold Bien.

Ein Massen-DNA-Test in Tullner Asylquartieren brachte schließlich zwei Trefner. Der „Wochenblick“ skandalisierte die Causa dennoch weiter und forderte: „Treten Sie zurück, Herr Eisenschenk!“

Es ist nicht das erste Mal, dass rechte Medien wie etwa „unzensuriert.at“ gegen unliebsame Politiker und Gegner der FPÖ ausrücken. Die Hardliner-Portale erreichen im Netz große Verbreitung und sind damit ein politischer Machtfaktor geworden. Auch engagierte Bürger werden vorgeführt – zum Teil mit frei erfundenen Geschichten. Die Folgen: Den Betroffenen schlägt blanker Hass entgegen.

Diese leidvolle Erfahrung machte auch der Tullner Bürgermeister. Nach mehreren Negativschlagzeilen des „Wochenblick“ erhielt seine Ehefrau einen anonymen Brief. Neben derben Beleidigungen stand darin zu lesen: „Passen Sie auch auf Ihre Kinder auf, hoffentlich passiert denen nicht so Schreckliches. Sie wohnen ganz in der Nähe.“ Eisenschenk: „Das hat mich schon schockiert, als plötzlich meine Familie mit hineingezogen wurde.“ Selbst sein 14-jähriger Sohn sprach ihn auf den Vorfall an; ihm war auf Facebook die Werbung des „Wochenblick“ zum Artikel angezeigt worden. Mehrere Tullner schenken den Vorwürfen Glauben, die Stimmung in der Kleinstadt wurde vergiftet.

IM VISIER
Dem Tullner
Bürgermeister
Peter Eisenschenk
wurde vorge-
worfen, eine
Vergewaltigung zu
vertuschen. Das
ist unwahr.

**Vergewaltigung einer 15-jährigen durch
Asylwerber sollte vertuscht werden!**



Die Ehrabschneider

FPÖ-nahe Medien stellen unliebsame Politiker und engagierte Bürger an den Pranger – mit teils frei erfundenen Falschmeldungen. Doch die Betroffenen wehren sich zunehmend.

„Sie sind ein Heuchler und ein mieses Schwein, weil Sie die Vergewaltigung toegeschwiegen haben“, mailte eine Frau an Eisenschenk. Auf Facebook hagelte es Beschimpfungen: „Volksverräter“, „Migrationsaffe“, „Vertuscher“, „Verbrecher“. Ein User schrieb über den Bürgermeister: „Der muss doch auch mal ohne Leibwächter zu erwischen sein und dann könnte man ihn ...“ Ein anderer Nutzer vervollständigte den Satz: „Erschiessen.“

Eisenschenk empfand die Kampagne des „Wochenblick“ als dermaßen ungerecht, dass er klagte. Das Gericht hielt fest, es handle sich um „tendenziöse und äußerst reißerische“ Berichterstattung, jedoch bewertete die Richterin die Artikel „gerade noch nicht als exzessiv“. Sie argumentierte, ein Politiker müsse mehr aushalten als ein Durchschnittsbürger.

Nicht immer kommt der „Wochenblick“ so glimpflich davon. Im September 2017 titelte die Website: „Gewerkschaftsjugend urlaubte in Barcelona. Wurden AK-Gelder für Antifa-Seminar verwendet?“ Der Hintergrund: Junggewerkschafter hatten eine Studienreise nach Barcelona unternommen, um etwas über den spanischen Faschismus unter General Francisco Fran-



Die Ehrabschneider

Seite 23 / 05.03.2018

Druckauflage: 65.935 | Reichweite: 308.000 | Dokumentengröße: 3/4 | Werbewert: € 10.770



MICHAEL RAUDOSCH

GEGENWEHR
Bernhard Gitschtaler bekämpfte erfolgreich die Falschmeldung, er habe alle Kärntner pauschal als Nazis bezeichnet.

Traditionsverbände sind „Nazischweine“
Denn bereits im Jahr 2014 sorgte der Verein „Erinnern Gailtal“ für einen Skandal, den die FPÖ-Nationalratsabgeordnete Anneliese Kitzmüller aufdeckte. Bei einer Schulkursion der HLW Hermagor waren die Vorstandsmitglieder Daniel Jamnitsch und Bernhard Gitschtaler als Vortragende eingeladen. Dort sollen sie den Schülern erklärt haben, dass die „Kärntner Bevölkerung, allesamt Nationalsozialisten und Rassentheoretiker“ und „alle Mitglieder des Kärntner Abwehrkämpferbundes, wie auch der anderen Traditionsverbände, Nazischweine“ seien.

WIDERRUF
Wir haben über Mag. Bernhard Gitschtaler, BA, die Behauptung verbreitet, er habe als Vortragender während einer Schulkursion der Kärntner Bevölkerung unterstellt, allesamt Nationalsozialisten und Rassentheoretiker zu sein, er habe während der Schulkursion alle Mitglieder des Kärntner Abwehrbundes und anderer Traditionsverbände seien „Nazischweine“, und er habe gefragt, wie man einen freihetlichen Landschaftspräsidenten verhindern könne und verhindern könne, dass die rechtsbestremten Freihetlichen an die Macht kämen.
Wir widerrufen diese Behauptung als unwahr.
Info-DIREKT VerlagsGmbH

co und die Widerstandskämpfer zu lernen. Das Programm wurde gemeinsam mit dem Gedenkdienst organisiert und als „Antifa-Seminar“ bezeichnet. Der „Wochenblick“ suggerierte daraufhin, die Gewerkschaft für Privatangestellte (GPA-djp) kooperiere mit der „antifaschistischen Aktion“, einer linksradikalen Bewegung, die teils auch gewaltvolle Demos begrüßt. Im Text hieß es: „Weltweit: Antifa unter akutem Terrorverdacht!“ Der „Wochenblick“ stellte die Gewerkschafter also auf eine Ebene mit potenziellen Gewalttätern und unterstellte, die Arbeiterkammer (AK) habe die Bildungsfahrt finanziell unterstützt – was ebenfalls falsch ist.

Ein FPÖ-Funktionär hatte die Behauptungen zuvor verbreitet – der „Wochenblick“ übernahm sie. „Ohne Vorwarnung erschien der Text. Bei uns hat niemand angerufen. Da fühlst du dich im ersten Moment hilflos. Stellen Sie sich vor, über Sie wird einfach etwas behauptet, und das stimmt nicht“, sagt Andreas Stangl, Geschäftsführer der GPA-djp Oberösterreich. Die Gewerkschaft klagte. Aus juristischer Sicht sind die Behauptungen „ehrenrührig“ und „kreditschädigend“. Der „Wochenblick“ hat bereits eine Unterlassungserklä-

rung unterzeichnet, ein Teil des Prozesses läuft noch. „Der Fall wird den ‚Wochenblick‘ wohl 5000 bis 6000 Euro kosten. Es kann schon teuer sein, Falsches zu verbreiten“, sagt Rechtsanwältin Maria Windhager, die die Gewerkschaft vertritt. Bei Klagen wegen Kreditschädigung, übler Nachrede oder Beleidigung gibt es ein Prozessrisiko: Wer den Fall verliert, muss die Kosten übernehmen. Manche Opfer wehren sich nicht, weil ihnen das Geld fehlt. Windhager beobachtet allerdings eine steigende Klagsbereitschaft: „Die Auseinandersetzungen mit rechten Medien sind heftiger geworden, und ich erlebe auch zunehmend Menschen, die das vor Gericht bringen wollen.“

Wann hat man gute Karten? Windhager: „Zwei Kriterien sind besonders ausschlaggebend. Erstens kann man sich gerade dann gut wehren, wenn eindeutig Unwahrheiten über einen behauptet wurden – etwas, das objektivierbar falsch ist. Zweitens kann auch eine Wertung exzessiv sein. Die Rechtsprechung legt die Meinungsfreiheit großzügig aus, ein Kommentar darf auch durchaus derb ausfallen. Aber wenn ein Text darauf abzielt, eine Person verächtlich zu ma-

chen, hat man tendenziell gute Chancen.“

Das hält FPÖ-nahe Medien freilich nicht davon ab, politisch Andersdenkende zu verunglimpfen. Der Kärntner Bernhard Gitschtaler war einer beispiellosen Negativkampagne ausgesetzt. Dabei hat sich der 30-jährige Politikwissenschaftler nichts zuschulden kommen lassen. Im Gegenteil: Mit seinem Verein „Erinnern Gailtal“ arbeitet Gitschtaler die Geschichten von Opfern des Naziterrors in Kärnten auf – ehrenamtlich.

Vor gut vier Jahren organisierte Gitschtaler für zwei Maturaklassen eine Schulkursion zu einem Denkmal. Es erinnert an eine Familie, die von den Nazis ermordet wurde. Drei Monate nach dem Ausflug geriet Gitschtaler ins Visier einer FPÖ-Nationalrätin. In einer Aussendung schmähte die Politikerin ihn als „Linksfaschisten“ und behauptete, Gitschtaler habe vor den Schülern alle Kärntner pauschal als „Nationalsozialisten und Rassen-theoretiker“ bezeichnet.

Die Anschuldigungen schlugen rasch hohe Wellen. Der junge Forscher wie auch seine Familie wurde von allen möglichen Seiten angefeindet. „Das war ein Angriff auf die Integrität unseres Vereines – und damit auf unsere Erinnerungsarbeit. Ich musste mich wehren“, sagt Gitschtaler. Die Schüler, die an der Exkursion teilgenommen hatten, stellten sich hinter ihn: In einem offenen Brief entlarvten sie die Anschuldigungen der FPÖ-Politikerin als unwahr. Gitschtaler ging auch juristisch gegen die Vorwürfe vor – und rang der Freiheitlichen einen Vergleich ab: Sie musste ihre Behauptungen öffentlich widerrufen und eine Entschädigung zahlen.

Gitschtaler dachte, die Sache sei damit erledigt. Doch er irrte sich. Drei Jahre später, kurz vor der Nationalratswahl, wiederholte die FPÖ-OÖ die Vorwürfe auf ihrer Website – mit eifriger Schützenhilfe der FPÖ-nahen Medien „unzensuriert.at“ und „Info-Direkt“. Erneut klagte er, und wieder musste die Gegenseite alle Anschuldigungen zurücknehmen. Doch als die rechten Medien den Widerrufstext publizierten, war die Nationalratswahl längst geschlagen. „Wo leben wir, dass man sich mit der NS-Vergangenheit seines Tales auseinandersetzt und dafür angegriffen wird?“, ärgert sich Gitschtaler.

Auch ihn vertrat die Medienanwältin Windhager. Sie hegt die Hoffnung, dass sich solche Klagen häufen: „Es ist gut, wenn sich Menschen zur Wehr setzen. Derzeit werden mit Falschbehauptungen und gezielten Diffamierungen Auflage und Klicks gemacht. Das soll sich nicht mehr rentieren.“



Gewerkschaftsjugend: Frau an Spitze

Seite 20 / 26.02.2018

Druckauflage: 100.556 | Reichweite: 390.000 | Dokumentengröße: 1/16 | Werbewert: € 1.329,75

Eisfläche war doch noch viel zu dünn

Burschen stürzten in Teich: Gerettet!

DRAMA Nur knapp entgingen zwei Jugendliche im burgenländischen Jabing dem Tod. Übermütig dürften die Burschen (20 und 22 Jahre) Samstagnacht von einem Konzert zu einem zugefrorenen Teich gefahren sein, um dort auf dem Eis herumzurschlagen. Beide brachen ein...

Die genauen Umstände sind derzeit unklar. Fest steht jedoch, dass in der Nacht auf Sonntag gegen 3.30 Uhr in der Früh zwei Burschen in einen Teich bei Jabing, Bezirk Oberwart, stürzten. Die Jugendlichen aus der Region dürften nach einer durchzechten Nacht auf eine wahre Schnapsidee gekommen und bei Minusgraden auf dem zugefrorenen Gewässer herumgetollt sein. Die Nachtschwärmer brachen ein, konnten sich jedoch noch selbstständig aus dem kalten Wasser ziehen. Lediglich die Rettung wurde alarmiert. Polizei und Feuerwehr hatten keine Ahnung von den Vorgängen. Erst eine Passantin bemerkte Sonntagmittag den verwaisten Pkw und nasse Kleidung am Ufer. Eine Anzeiger bei der örtlichen Exekutive brachte dann den Stein ins Rollen. Die Burschen wurden indes mit Unterkühlungen im Spital Oberwart behandelt. J. Poyer



Ein Ortsbewohner zeigt, wo der schwere Unfall geschah

OCHSNER WÄRMEPUMPEN

AUF GUTE NACHBARSCHAFT

Wie OCHSNER Wärmepumpen zu guter Nachbarschaft beitragen?
Ganz einfach - man hört sie fast nicht!

ENERGIE SPARMESS
HALLE 19
STAND 140

www.ochsner.com

MADE IN AUSTRIA

Lenker verletzt Rettungsgasse funktionierte nicht Kilometerlange Staus

Unfall auf A 2 stoppt Pendler

GEBÜDLSPROBE Mehrere Fahrzeuge krachten Montagfrüh auf der Südauto-bahn ineinander. Sofort bildeten sich kilometerlange Staus auf der A 2 sowie den Zubringern. Für die Einsatzkräfte besonders ärgerlich: Die Anfahrt zum Notfallort verzögerte sich, weil Lenker die Rettungsgasse nicht gebildet hatten.

Kurz vor sechs Uhr früh krachte ein Geländewagen aus unbekannter Ursache auf der Südauto-bahn bei Wiener Neudorf gegen die Betonleitwand. Mehrere Fahrzeuge rasten in die Unfallstelle. Zeugen alarmierten die Rettungskräfte. Exekutive, Rotes Kreuz und Feuerwehr rückten mit einem Großaufgebot aus. „Die Anfahrt war schwierig, weil die Rettungsgasse wieder nicht funktioniert hat“, so ein Feuerwehrmann.

Bei der Ankunft der Florianis hatten Sanitäter und Polizisten bereits alle Lenker aus den ramponierten Fahrzeugen befreit. Zwei Leichtverletzte wurden ins Spital gebracht. Die Auswirkungen auf den Verkehr waren enorm: Der Stau auf der A 2 Richtung Süden reichte bis nach Wien auf die Tangente zurück. Und auch auf der S 1 und der B 17 bildeten sich lange Kolonnen.

Patrick Huber



Brachial-Einbruch
Mit roher Gewalt gelangte ein Einbrecher in ein Haus in Frattes im Waldviertel. Der Täter rückte der Eingangstür mit Hacke und Krampen zu Leibe - Flucht mit Beute!

Frau an Spitze
Mit Ramona Pfeinzel steht erstmals eine Frau an der Spitze der burgenländischen Gewerkschaftsjugend. Sie folgt Kevin Sifkovits nach.

Auf der Piste
Großartige Bilanz: Rund 10.000 Gäste zählten Niederösterreichs „Kleine feine Skigebiete“ beim wintertlichen Familientag des Landes vergangenes Wochenende.

Dieb (21) gefasst
In Mattersburg und Wiener Neustadt ging ein 21-jähriger Burgenländer auf Einbruchstour. Bei 13 Coups nahm er Diebstahl um 35.000 Euro mit. Jetzt wurde der Täter gefasst.



Foto: Stadtverwaltung Ebreichsdorf/Christian Koch

Protest gegen Stromausfälle: Weil in Ebreichsdorf zu oft das Licht ausgeht, übergab Bürgermeister Wolfgang Kocovar (li.) mit Vize Johann Zeilinger (re.) Unterschriften-Listen an die Geschäftsführer der zuständigen Wiener Netze. 2000 eroberte Bürger haben unterzeichnet. Peter Weinelt (2. v. li.) und Gerhard Fida sagten rasche Maßnahmen zu, um die Versorgung zu verbessern.

Mehr in der **Niederösterreich Kronen**



Erstmals eine Frau an der Spitze der jungen Gewerkschaft

Seite 17 / 21.02.2018

Druckauflage: 10.652 | Reichweite: 38.000 | Dokumentengröße: 1/16 | Werbewert: € 263,75

VERTRETER

Erstmals eine Frau an der Spitze der jungen Gewerkschaft

Personalwechsel. Die Österreichische Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) Burgenland hat eine neue Leiterin: Ramona Pfneiszl ist die neue Landessekretärin. „Als Funktionärin habe ich in den letzten Jahren schon viele meiner Ideen umsetzen können. Ich freue mich, dass ich mich nun als Sekretärin um die Anliegen der jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Burgenland kümmern kann“, erklärt sie.

Die Draßmarkterin übernimmt damit die Jugendarbeit von Kevin Sifkovits, der beim Roten Kreuz Burgenland seinen Zivildienst absolviert. Pfneiszl ist 25 Jahre alt. Sie absolvierte im ÖGB Burgenland ihre Lehre zur Bürokauffrau. Während ihres Studiums zur Sozialpädagogin engagierte sie sich weiterhin als Funktionärin in der ÖGJ Burgenland. Auch als Geschäftsführerin des Discobus' brachte sie in der ÖGJ ihre Ideen ein.

Lehrlinge und Schüler

Ihre Hauptaufgaben liegen in der Betreuung der Berufsschüler sowie der Absolventen der Polytechnischen Schulen im Burgenland. Dazu gehört auch, Klassensprecherseminare zu organisieren. Die Durchführung von Jugendvertrauensratswahlen sieht Pfneiszl als sehr wichtige Aufgabe.

„Junge Arbeitnehmer haben andere Anliegen als Erwachsene. Deshalb ist es wichtig, dass Lehrlinge ihre eigene Vertretung haben, die sich für ihre Rechte einsetzt. Auf diese Art und Weise lernen junge Menschen auch, wie Demokratie gelebt wird“, meint Pfneiszl.





Innviertler Polys im Landesfinale

Seite 31 / 21.02.2018

Druckauflage: 17.700 | Reichweite: 51.330 | Dokumentengröße: 1/32 | Werbewert: € 78,25



Team aus Braunau

Foto: privat

Innviertler Polys im Landesfinale

INNVIERTEL. 31 Mannschaften waren in Traun angetreten, 14 haben es ins Finale des landesweiten ÖGJ-Poly-Hallenfußballturniers geschafft - darunter die Teams der Polytechnischen Schulen Braunau, Mattighofen, Münzkirchen und Ried.

Das Finale zum laut Veransalter größten Poly-Hallenfußballturniers Österreichs wird am 7. März ab 9 Uhr in Traun ausgetragen.



Mit Ehrgeiz ins Finale

Seite 30 / 20.02.2018

Druckauflage: 41.037 | Reichweite: 119.007 | Dokumentengröße: 1/32 | Werbewert: € 441,33



Mit Ehrgeiz ins Finale

Mit Ehrgeiz und Können haben sich die Fußball-Mannschaften der Polytechnischen Schulen Linz (siehe ÖGJ-Foto), Linz-Urfahr und Traun ins Finale des größten Poly-Hallenfußballturniers Österreichs gespielt. Damit gehören sie zu jenen 14 Siegermannschaften, die am 7. März in der Trauner Sportarena (ab 9 Uhr) um den Landesmeistertitel kämpfen werden. Ermittelt wurden die Finalteilnehmer aus 31 Mannschaften bei der zweitägigen Veranstaltung der oö. Gewerkschaftsjugend in Traun.



Erfolgreiche Poly-Kicker

Seite 30 / 20.02.2018

Druckauflage: 16.912 | Reichweite: 49.045 | Dokumentengröße: 1/16 | Werbewert: € 227,5

Erfolgreiche Poly-Kicker

SCHWANENSTADT, LAAKIRCHEN. Die Mannschaften der Polytechnischen Schulen Schwanenstadt und Laakirchen schafften beim ÖGJ-Polyhallenfußballturnier gemeinsam mit zwölf anderen Teams den Einzug ins Landesfinale. In den vergangenen Tagen traten 31 Mannschaften aus ganz Oberösterreich in Traun bei der Veranstaltung der Gewerkschaftsjugend an. Das Finale des größten österreichischen Poly-Hallenfußballturniers geht am 7. März in der Sportarena Traun über die Bühne.



Protestaktion vor der Berufsschule

Seite 37 / 15.02.2018

Druckauflage: 35.333 | Reichweite: 43.990 | Dokumentengröße: 1/6 | Werbewert: € 346,74

Protestaktion vor der Berufsschule



Die Jugend der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) und die oberösterreichische Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) wehren sich gegen die geplante Schließung der Berufsschule in Braunau. Am 8. Februar machten deshalb junge Gewerkschaftsaktivisten vor der

Berufsschule lautstark auf die negativen Auswirkungen auf die Schüler aufmerksam. Dabei sammelten sie auch Unterschriften für den Erhalt der Schule. Im Bild: GPA-djp-Geschäftsführer Andreas Stangl. Den Link zur Petition der ÖGJ gibt es unter meinbezirk.at/2401600

**"Kein Demo-Verbot"**

Seite 31 / 13.02.2018

Druckauflage: 17.700 | Reichweite: 51.330 | Dokumentengröße: 1/16 | Werbewert: € 156,25

„Kein Demo-Verbot“

Debatte nach Demo gegen Schulschließung

BRAUNAU. Landesschulinspektorin Gerlinde Pirc vom Landesschulrat schloss aus, dass es Verbote gegen Lehrer und Berufsschüler gegeben habe, bei der Demonstration der Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) in Braunau gegen die Schließung der Berufsschule Braunau mitzumachen.

Wie in den Innviertler Nachrichten berichtet, rief die ÖGJ am ver-

gangenen Donnerstag zur Demo direkt vor der Schule auf - mit sehr schwacher Beteiligung. Gewerkschaftsmitglieder und einige Schüler sprachen von einem Demo-Verbot während der Unterrichtszeit.

Die Braunauer Berufsschule soll geschlossen werden, rund 350 Schüler werden derzeit dort unterrichtet. Sie müssen künftig nach Linz und Ried wechseln. *(mala)*



Überschaubar war die Protestaktion der Gewerkschaftsjugend vor...

Seite 36 / 09.02.2018

Druckauflage: 158.462 | Reichweite: 342.000 | Dokumentengröße: 1/32 | Werbewert: € 304,24



Überschaubar war die Protestaktion der Gewerkschaftsjugend vor der Berufsschule Braunau. Nur etwa ein Dutzend Aktivisten äußerte den Unmut gegen die Schließung der Bildungseinrichtung im Sommer 2019. Lehrern wurde von der interimistischen Schulleitung in einer Sonderkonferenz die Teilnahme untersagt. Auch Schülern wurde ein Aufmarsch strikt verboten.



Demo für die Berufsschule mit schwacher Beteiligung

Seite 30 / 09.02.2018

Druckauflage: 17.700 | Reichweite: 51.330 | Dokumentengröße: 1/8 | Werbewert: € 312,5

Demo für die Berufsschule mit schwacher Beteiligung

Schüler durften nur in der Pause protestieren

BRAUNAU. Es war kein überwältigendes Bild, das sich gestern vor der Berufsschule in Braunau bot. Lediglich eine Hand voll Demonstranten folgten dem Aufruf der Österreichischen Gewerkschaftsjugend, die gegen die geplante Schulschließung vor Ort protestierte. „Lehrern und Schülern wurden anscheinend Konsequenzen angedroht, wenn sie zur Demo kommen. Damit habe ich ein großes Problem“, sagte der gebürtige Braunauer Andreas Stangl, GPA-djp-Regionalgeschäftsführer für Oberösterreich. Er hat als Lehrling selbst die Braunauer Berufsschule besucht.

Nur ein paar Schüler standen in ihrer Mittagspause bei der Kundgebung - während des Unterrichts werde man die Anwesenheit noch stärker kontrollieren, wurde ihnen

gesagt. Ein Fehlen habe Konsequenzen, so die Schüler. „Wir leben in einer Demokratie, und die macht auch vor dem Schultor nicht halt“, so Stangl, der darauf hinwies, dass den Schülern keine Konsequenzen angedroht werden dürften, sie hätten das Recht, ihre Meinung kundzutun. Selbiges gelte auch für die Lehrer, die offenbar ebenfalls unter Druck gesetzt wurden, wie zu hören war. Es folgten Reden anderer Gewerkschafter, aber auch des ehemaligen Braunauer SP-Nationalratsabgeordneten und AMAG-Betriebsrates Harry Buchmayr.

Wie berichtet, soll die Braunauer Berufsschule neben jenen in Wels, Steyr und Gmunden geschlossen werden. Nach der Auflassung soll ein Teil der Schüler in Ried weiterunterrichtet werden, der andere in Linz. *(mala)*



Andreas Stangl (ÖGB) vor der Berufsschule in Braunau

Foto: mala



Demo für Berufsschule

Seite LIB1 / 08.02.2018

Druckauflage: 17.700 | Reichweite: 51.330 | Dokumentengröße: 1/32 | Werbewert: € 78,25

Demo für Berufsschule

Heute wird gegen die Schließung protestiert

BRAUNAU. Die Österreichische Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) hat eine Demonstration angemeldet. Am heutigen Donnerstag, 8. Februar, ab 11.30 Uhr, will sie vor Ort gegen die drohende Schließung der Braunauer Berufsschule protestieren. Wie berichtet, soll die Braunauer Berufsschule 2019 zuge-

sperrt werden. Nach der Auflassung soll ein Teil der Schüler in Ried unterrichtet werden, der andere in Linz. Die ÖGJ hat eine Online-Petition gegen die Schließungen ins Leben gerufen, rund 1000 Unterschriften wurden gesammelt. Mehr im Internet unter www.openpetition.eu/at



Für Jugendliche

Seite LIB9 / 08.02.2018

Druckauflage: 17.700 | Reichweite: 51.330 | Dokumentengröße: 1/32 | Werbewert: € 78,25

Für Jugendliche

BRAUNAU. Das ÖGJ-Jugendzentrum erstrahlt in neuem Glanz. Gemeinsam mit den Jugendlichen wurde die Einrichtung umgestellt, geputzt, dekoriert und ausgemistet. Neue Sitzgelegenheiten, eine Playstation 4 und ein Gutschein für eine gratis Pizza mit Getränk sollen neue Besucher anlocken.



Keine Chance für Rassismus

Seite LIB10 / 08.02.2018

Druckauflage: 17.700 | Reichweite: 51.330 | Dokumentengröße: 1/32 | Werbewert: € 78,25

Keine Chance für Rassismus

MAUERKIRCHEN. Was Alltagsrassismus ist, wo er einem begegnet und was man dagegen tun kann, darüber diskutieren die Jugendlichen des ÖGJ-JUZ Mauerkirchen am Donnerstag, 15. Februar, 15 Uhr. Die Jugendbetreuerin will mit den Jugendlichen die wichtigsten Fragen rund um das Thema Rassismus besprechen.

„Die Jugendlichen sollen darauf aufmerksam werden, wie schnell man Vorurteilen und Rassismus zum Opfer fällt“, sagt Eva Hackbarth, Leiterin des ÖGJ-JUZ in Mauerkirchen. Im Jugendzentrum sei Platz für alle, egal welche Hautfarbe, Religion oder welches Geschlecht die Besucher haben.



Unterschriften für die Berufsschule

Seite LIB7 / 01.02.2018

Druckauflage: 17.700 | Reichweite: 51.330 | Dokumentengröße: 1/32 | Werbewert: € 78,25

Unterschriften für die Berufsschule

BRAUNAU. Die oberösterreichische Gewerkschaftsjugend hat eine Unterschriftenaktion zur Rettung der Berufsschulen gestartet. Unter anderem ist die Braunauer Schule, in der kaufmännische Lehrlinge ihre theoretische Ausbildung bekommen, in ihrer Existenz gefährdet, Warte und OÖNachrichten berichteten mehrmals. Dass sich der Weg zur Berufsschule verdoppelt, sei für Jugendliche ohne Führerschein und aus Regionen mit schlechten Öffi-Verbindungen ein Problem, so eine Begründung. Dass die Schließungspläne unausgegoren wirken, steht in der Petition, dabei wird ausgeführt, dass das Internat in Braunau gerade renoviert worden sei. Die Lehrausbildung werde generell durch die Berufsschulschließungen nicht attraktiver.



Jugendliche gehen aufs Glatteis

Seite LIB6 / 18.01.2018

Druckauflage: 17.700 | Reichweite: 51.330 | Dokumentengröße: 1/32 | Werbewert: € 78,25

Jugendliche gehen aufs Glatteis

BRAUNAU, MAUERKIRCHEN. Einen Ausflug in die Eislaufhalle Ried organisiert Sharon Hell für die ÖGJ-Zentren Braunau und Mauerkirchen. Jugendliche, die einen Nachmittag am Eis verbringen wollen, können sich ab sofort unter Telefon 0664/ 6145098 anmelden. Der Ausflug findet am Freitag, 26. Jänner, von 14 bis 17 Uhr statt. „Eines ist gewiss: Mit der Gruppe hat man mehr Spaß auf dem Eis“, sagt Hell. Sie möchte die Jugendlichen auch im Winter zu Bewegung und Aktivität animieren. „Gleichzeitig ist der Ausflug zur Eislaufhalle Ried eine Belohnung für die fleißigen Helferinnen und Helfer beim Adventmarkt“, freut sich Jugendbetreuerin Sharon Hell. In den Jugendzentren Braunau (Salzburger Straße 29a) und Mauerkirchen haben 13- bis 19-Jährige Gelegenheit, ihre Freizeit zu verbringen. In Braunau ist mittwochs bis freitags jeweils von 16 bis 20 Uhr geöffnet.



Mattighofen: Großer Spielenachmittag

Seite LIB15 / 18.01.2018

Druckauflage: 17.700 | Reichweite: 51.330 | Dokumentengröße: 1/16 | Werbewert: € 156,25

Mattighofen: Großer Spielenachmittag

MATTIGHOFEN. Dass auch traditionelle Spiele bei den Jugendlichen ankommen, beweist das Jugendzentrum Mattighofen und veranstaltet am Freitag, 19. Jänner, ab 15 Uhr einen großen Spielenachmittag. Das ÖGJ-Jugendzentrum ist in der Moosstraße 2 und hat montags bis freitags von 15 bis 20 Uhr, sowie samstags von 13 bis 18 Uhr offen. Das Publikum sind 13- bis 19-Jährige.



Was ein Lehrling darf und was nicht

Seite 31 / 11.01.2018

Druckauflage: 23.662 | Reichweite: 68.620 | Dokumentengröße: 1/32 | Werbewert: € 113,93

Was ein Lehrling darf und was nicht

WARTBERG OB DER AIST. Im ÖGJ-Jugendzentrum Wartberg werden am 25. Jänner (16 Uhr) die brennendsten Fragen rund um den Lehrberuf beantwortet. Auf Anregung der Jugendlichen wird auch darüber diskutiert, welche Rechte und Pflichten Lehrlinge haben. Dazu wurden Fragen gesammelt, die beim Workshop von einem fachkundigen Referenten beantwortet. Alle Jugendlichen sind dazu eingeladen vorbeizukommen, mitzureden und eigene Fragen mitzunehmen.